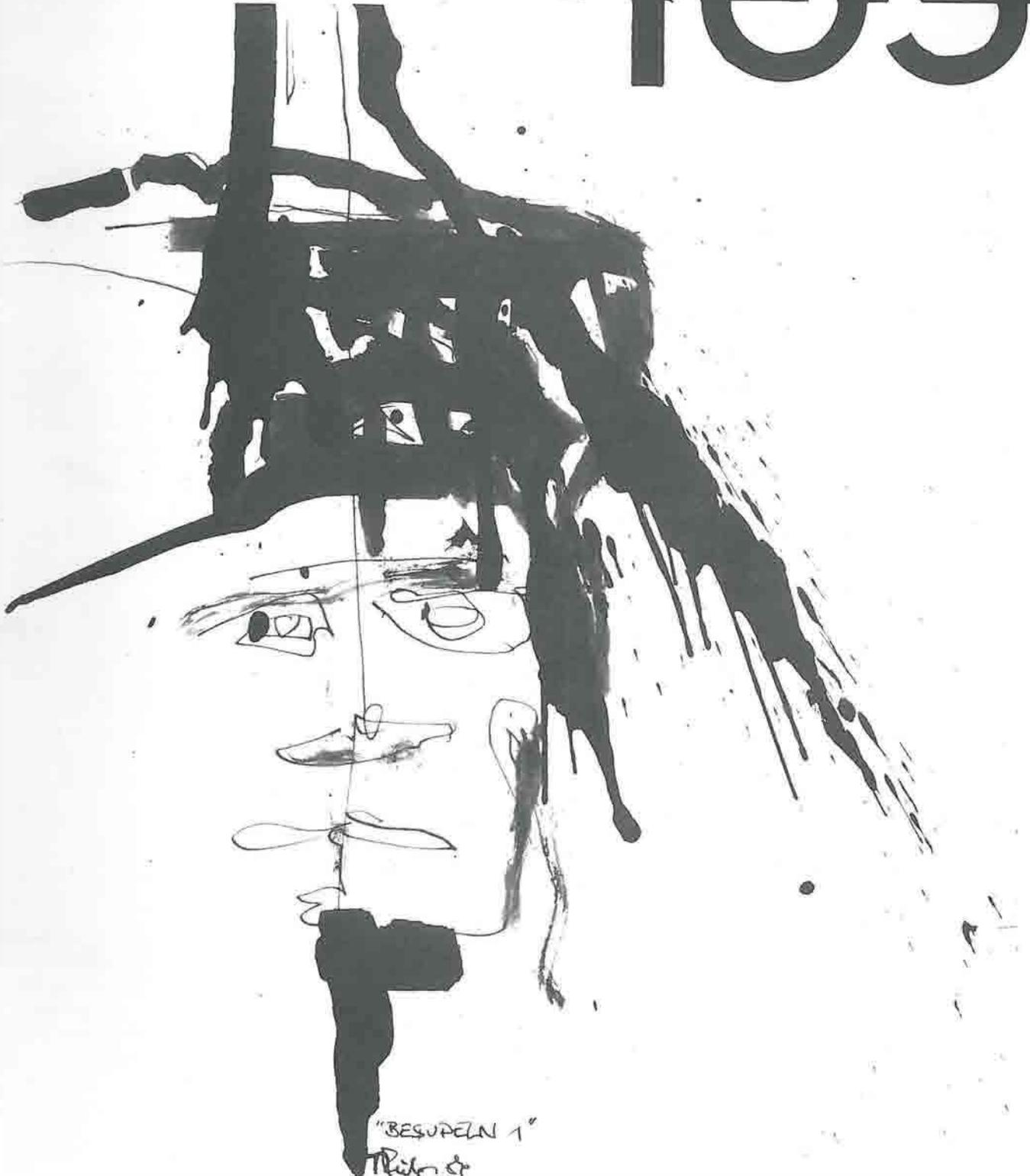


Pbb, Verlagspostamt 4020 Linz

L O S NR.: 26, 8 Jahrgang, Jan. 1990
Einzelpreis ö.S. 30,- (DM 5,-)

res



"BESUDERN 1"

Thilo &

Impressum

Herausgeber:

Arbeitsgemeinschaft LOS
c/o Kurt Schneider,
Blumengasse 21/6, 1170 Wien

Medieninhaber (Verleger):

Arbeitsgemeinschaft LOS
c/o Klaudia Karollny,

Hallestraße 1/20, 4030 Linz

Druck: eigene Vervielfältigung

Bankverbindung:

Zentralsparkasse der Gemeinde Wien

Kto.Nr. 642 143 705

(Arge LOS, Elisabeth Hyrtl)

Redaktion:

Wien:

Kurt Schneider, Blumengasse 21/6,
1170 Wien, Tel.: (92) 48 47 18

Otto Anlanger

Bernadette Feuerstein

Marlies Feuerstein-Sutterlüty

Julia Haslwanter

Anna Maria Hosenseidl

Elisabeth Hyrtl

Christine Petioky

Linz:

Klaudia Karollny, Hallestr. 1/02,
4030 Linz, Tel.: (0732) 30 44 33

Gabriele Bacher

Gunther W. Trübswasser

Salzburg:

Wilfried Raith, p.A. MOHi Salzburg,
Griesgasse 2/217, 5020 Salzburg,
Tel.: (0662) 84 93 12

Innsbruck:

Volker Schönwiese, Achselkopfweg 1,
6020 Innsbruck. Tel.: (05222) 88 5 34,
tagsüber (05222) 507 Kl. 3545

Brigitte Herdin

Vorarlberg:

Eliane Hatzak, Höhenbaum 8,
6833 Weiler, Tel.: (05523)34 3 34

Layout:

Christine Petioky
Julia Haslwanter

Organisation:

Brigitte Herdin, Tiroler Arbeits-
kreis f. integrative Erziehung,
Langer Graben 18 a, 6064 Rum

Bezugsbedingungen:

Erscheinungsweise vierteljährlich

Einzelpreis öS 30,- (DM 5,-)

Doppelheft öS 50,- (DM 9,-)

Abo (4 Hefte) öS 100,-

(Ausland öS 120,-)

Abo-Bestellungen/Probehefte bei
Klaudia Karollny, Hallestraße 1/02,
4030 Linz

Kontaktadresse für Inserate:

Brigitte Herdin, Tiroler Arbeits-
kreis f. integrative Erziehung,
Langer Graben 18 a, 6064 Rum

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Grundlegende Richtung des Mediums -
Zeitschrift gegen Aussonderung mit
dem Ziel, Zustände und Mißstände
aufzuzeigen sowie Alternativen vor-
zustellen und zu fordern.

Editorial

Das vor Euch liegende Heft spiegelt die Meinungsvielfalt der Themen, die uns nicht LOSiasen.

Das breite Spektrum an Beiträgen reicht diesmal von den Reaktionen unserer LeserInnen zur "LOS-Diskussion", der Auseinandersetzung mit dem Thema "Persönliche Assistenz", Gedanken zum "Singer-Club 2", einem ganz persönlichen Brief von Erwin Riess an Othmar Karas ... bis hin zu LÖSERlichen Lese- und Filmtips.

Aber auch der Stimme psychisch und geistig Behinderter will LOS in Zukunft mehr Platz einräumen. Durch die Aktivitäten von Brigitte Herdin ist dazu eine Artikelserie entstanden.

Erfreulich ist auch, daß unser Aufruf nach "Mitarbeiterbeiträgen" so großes Echo gefunden hat, daß wir - In Zeiten wie diesen - gezwungen sind, u.a. Beiträge zur Montessoripädagogik, Sexualität und Beziehungen erst im nächsten LOS abzudrucken ...

Zusammengestellt wurde vorliegendes Heft von Klaudia Karollny und Kurt Schneider.

P.S.: Mit Anfang 1990 übergebe ich die Verlagstätigkeit aus organisatorischen Gründen an Brigitte Herdin vom "Tiroler Arbeitskreis für Integrative Erziehung" (vgl. LOS Nr.25). Ich möchte mich noch für Eure Mitarbeit, durch die ein so reibungsloser Ablauf erst möglich wurde, recht herzlich danken.

Mit lieben Grüßen, Klaudia Karollny.

FÜR DIESES LOS ERHALTEN WIR EINEN DRUCKKOSTENBEITRAG DES GRÜNEN KLUBS.

Inhaltsverzeichnis

Seite	Beitrag
4	► Was ist Los mit LOS-LeserInnenreaktionen.
10	► Begegnung mit Maria.
17	► RUND UM EINEN SCHREIBTISCHTÄTER oder: Ich diskutiere nicht mehr...
23	► Tagung des Grünen Klubs - Zur persönlichen Assistenz: ►► Kurzkomentar. ►► Zur Ungleichbehandlung behinderter Menschen durch das System der sozialen Sicherheit in Österreich.
29	►► Die Situation behinderter Menschen in Österreich.
32	►► Forderungen des Mobilien Hilfsdienst Innsbruck.
33	►► Der ambulante Hilfsdienst
37	Thesen zur Assistenzgenossenschaft.
39	►► Selbstbestimmt leben durch persönliche Assistenz.
41	►► Europaparlament Straßburg - Eine Resolution.
45	► Leserbrief.
49	► Wohltäter unterwegs.
52	► Warum besuchen nur wenige Behinderte Volkshochschulkurse?
53	► WIR BEHINDERTE - Ein freundschaftlicher Brief.
55	► LÖSERliche Lese- und Filmtips.

Was ist LOS mit LOS — LeserInnenreaktionen

Zusammengestellt von
Kurt Schneider

Mit unserem Fragebogen, der lag in der vorhergegangenen LOS-Ausgabe, wollten wir unseren Leserkreis in unsere Diskussion, wie geht es weiter mit LOS, miteinbeziehen.

Wir können nicht sagen, daß dieser Aktion ein voller Erfolg beschieden war, aber zufrieden sind wir. Die LeserInnenreaktionen bestätigten unseren Trend, nämlich den Versuch zu wagen, uns inhaltlich und auflagemäßig zu erweitern.

Eine nicht ganz leichte Sache, da uns - wie allen Organisationen auch - die Einsparungen im sozialen Sektor, nicht zuletzt ausgelöst bzw. verstärkt durch die mediale Sozialschmarotzdiskussion, trifft. Immerhin stellen wir ja LOS in unserer Freizeit und natürlich unbezahlt her.

An dieser Stelle sei vor allem den vielen LOS-Autorinnen gedankt, die trotz Zeitmangel und Streß immer wieder Beiträge schreiben. Mit LOS geht's weiter, und wir hoffen auf viele weitere Beiträge, und in der Gegenüberstellung von Meinungen, nicht zu vergessen sind die Berichte von unmittelbar Betroffenen, oft sehr persönlich niedergeschrieben, die so meinen Ich und viele, die Farbe von LOS ausmachen.

Hier nun einige der uns zugegangenen LeserInnen Reaktionen:

WC-LOS

Ich bin Rollstuhlfahrer, und habe als solcher meine Probleme mit WC-Anlagen, die im Normalfall für nichtbehinderte Menschen gebaut und dadurch zu klein sind, um mit dem Rollstuhl benützlich zu sein.

Vor einiger Zeit fuhr ich mit einem Freund, der auch Rollstuhlfahrer ist, ins Burgenland, genauer gesagt, nach Podersdorf am See. Nun könnte man annehmen, daß es in einem Ort, der jährlich tausende Touristen beherbergt, in dem es eine große Anzahl Hotels und Gasthäuser gibt, daß es zumindest ein

WC gibt, das man mit einem Rollstuhl benützen kann. Weder in Podersdorf, noch in Neusiedl am See, das wir anschließend abgesehen haben, gab es eine solche Möglichkeit.

Meinem Freund fiel dann ein, daß er bei einer Fahrt nach Ungarn ein als rollstuhlgerecht gekennzeichnetes WC auf einem Parkplatz der B 10 gesehen hat. Der Parkplatz war von Neusiedl am See etwa 20 km entfernt, aber das nahmen wir in Kauf, um endlich unsere Notdurft verrichten zu können. Es war wieder umsonst. Das als rollstuhlgerecht deklarierte Plumpsklo war für uns nicht benützlich. Schon beim Betreten hat man durch die selbstschließende Türe, die sehr schwer aufgeht, seine Schwierigkeiten. Das WC war ein einfacher Steinsockel mit Loch, ohne Brett, ohne Spülung, nicht einmal Toilettenpapier war vorhanden. Ein solches WC ist für mich indiskutabel.

Von einem Dekubitus angefangen, hätte ich wahrscheinlich einige gesundheitliche Probleme nach der Benutzung eines solchen "rollstuhlgerechten WCs".

Völlig verzweifelt und sehr zornig über die nicht vorhandene Möglichkeit, ein WC aufsuchen zu können, blieb uns nichts anderes über, als zu Mittag nach Wien zurück zu fahren.

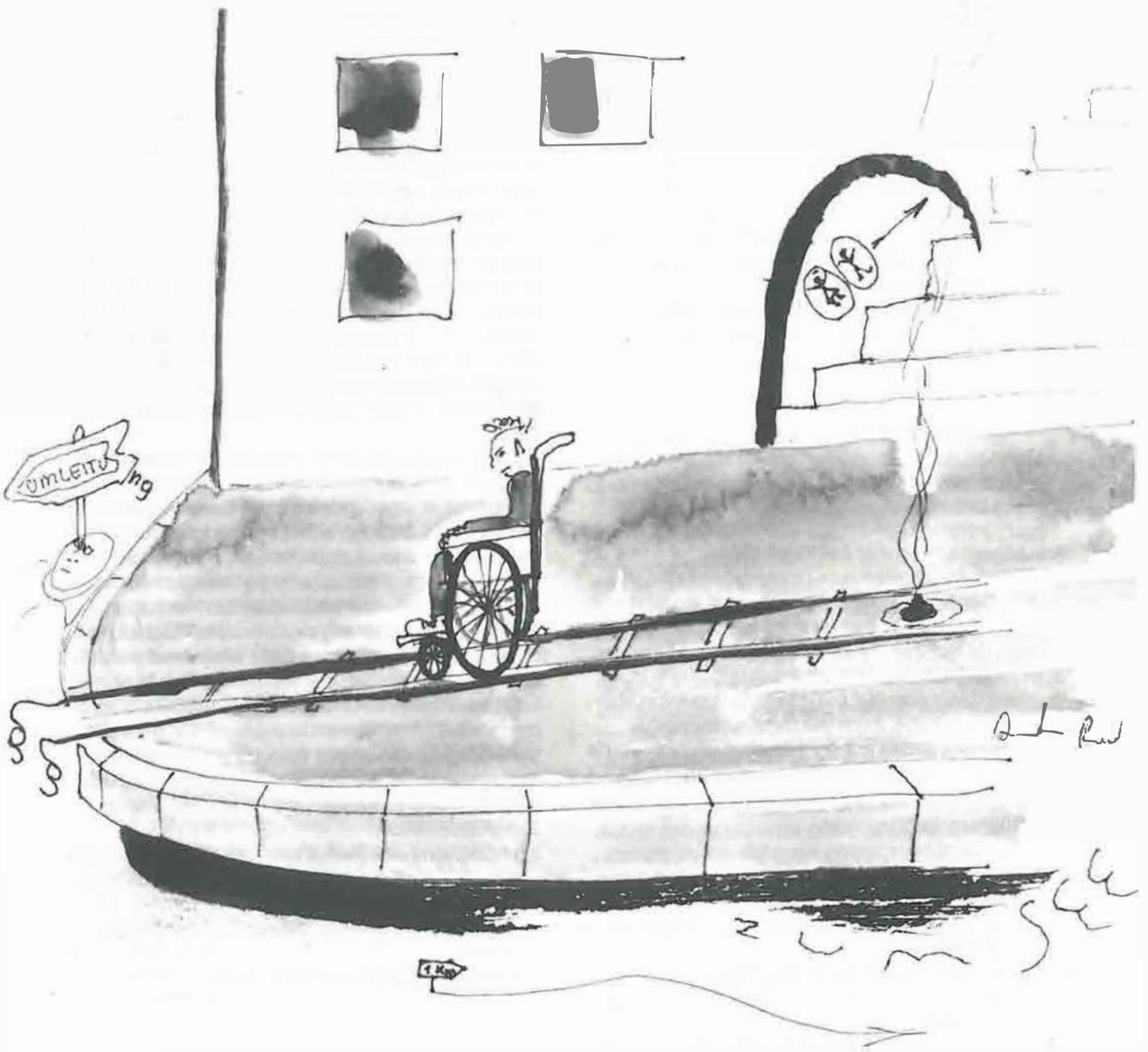
Warum ist es nicht möglich, das es in jeder größeren Ortschaft zumindest ein rollstuhlgerechtes WC gibt?

Warum ist es nicht möglich, das man WC-Anlagen, wie auf der B 10, so baut, daß sie von Rollstuhlfahrern auch wirklich benützt werden können?

Fragen, die wahrscheinlich die zuständigen Landespolitiker besser beantworten können. Oder?

Noch etwas ganz anderes. Ich habe gehört, daß es LOS angeblich nicht mehr lange geben soll. Das würde ich sehr bedauern. Ich finde LOS eine der wenigen Zeitschriften, die sich mit Problemen von Randgruppen ernsthaft beschäftigt. Ihr habt sehr gute und interessante Beiträge über Bereiche unserer Gesellschaft, die ansonsten totgeschwiegen werden. Euer letztes Heft "Leben ohne Privathetl" hat mir besonders gut gefallen.

Michael Bauer, Wien



Was der ÖBB möglich ist, müsste für uns auch drin sein.

Auch wir sind im übertragenen Sinn „schienengebunden“!

Zeichnung: Roland Jantschko

Ich finde die Artikel im LOS sehr Interessant und bekomme meine Meinung, meine Ansicht, da müßte etwas getan, gefordert werden, bestätigt. Ich glaube allerdings, daß diese Zeitschrift nur von Leuten wie mir gelesen werden, die sowieso schon kritisch denken.

Die Zeitung in Zusammenarbeit mit anderen Zeitschriften herauszugeben, kann bedeuten, einen größeren Leserkreis anzusprechen. Also LOS ev. verkleinern, Leserkreis erhöhen. Anregung: LOS-Artikel sollten den üblichen Tageszeitungen beigelegt werden (Krone, Kurier,...), um auch diese Leser anzusprechen. Wie wär's mit mehr Artikeln im SIÖ? Natürlich wär's auch super, wenn Sponsoren gefunden werden und LOS weiterleben könnte.
Eure Susanne

Ich lese seit etwa zwei Jahren LOS und würde mich freuen, wenn ich das auch weiter tun könnte. Ich wünsche mir daher sehr, daß die LOS-Redaktion allen Schwierigkeiten zum Trotz weitermacht wie bisher. Das letzte LOS ist mir sicherlich am besten in Erinnerung, aber es war für mich besonders interessant, da es einen Teilbereich der alten Menschen zum Inhalt hatte, und ich als Sozialarbeiterin in meinem Beruf sehr viel mit dieser Gruppe von Menschen zu tun habe. Auch die Buch- und Filmbesprechungen haben mir gut gefallen, und ich würde mir sogar wünschen, daß ihr, wenn es Euch möglich wäre, ein Verzeichnis von einschlägigen, lesenswerten Büchern veröffentlicht.

Als Themenschwerpunkte kann ich mir vorstellen: Öffentlichkeitsarbeit für den Abbau von Angst und Vorurteilen im Umgang - Behinderter mit weniger Behinderten (Integration bereits im Kindergarten und in der VS).

Ausbau und Förderung von gerecht bezahlten Arbeitsplätzen für Behinderte, ohne Sonderverträge zu konstruieren.

Weiters Aufruf zu Protestveranstaltungen bei Eröffnung von öffentlich zugänglichen Gebäuden, Supermärkten, Kinos, Lokalen, Ämtern, Kulturstätten etc., deren Gründer noch nicht mitbekommen haben, daß auch Rollstuhlfahrer "Konsumenten" sind.

Ich freu mich auf das hoffentlich nicht "letzte" LOS
Susanne Zwach, Wien

Aus dem Urlaub zurückgekehrt, habe ich Heft 24 vorgefunden mit dem eingelegten Blatt bezüglich der Weiterführungsprobleme der Zeitschrift. Ich habe keine Idee, wie es weitergehen könnte, und diesbezüglich ist mein Schreiben nutzlos. Und trotzdem möchte ich mitteilen, wie sehr ich diese Schwierigkeiten bedaure. Ich bin ein eifriger Zeitschriftenleser, fachspezifischer wie allgemeiner Zielsetzung, und halte LOS für eine der besten, die mir je untergekommen ist. Ich weiß, ehrlich gesagt, nicht, woran es liegt, und wollte man sich das Konzept bis ins Detail einsichtig machen, so gehörte schon ein gehöriges Maß an Genialität dazu, eine Zeitschrift so zustande zu bringen. Ich schätze besonders die Kompetenz, das fehlende Pathos und die Lesbarkeit an LOS. Es ist einfach eine ganz ausgezeichnete Zeitschrift, und ich frage mich immer wieder, warum gerade solche eingehen müssen.

Falls es zu einer Zusammenarbeit mit "betrifft: Integration" kommen sollte, so würde ich trotzdem keine Fusion, sondern eine klare Trennung empfehlen. Das würde ich eher psychologisch begründen: Die Interessenten an "betrifft: Integration" sind vor allem leidvoll mit schulischer Integration befaßt und wollen vielleicht "nicht mehr am Hut haben". Bezüglich Finanzierung eines hauptamtlichen Redakteurs: Das Abo könnte man, wie mir scheint, sicherlich auch um S 200,- verkaufen. Reicht nicht, selbstverständlich. Und Werbung für LOS müßte man vielleicht mit jemandem zusammen entwerfen, der sich ganz unbelastet fragen kann, wie man etwas verkauft (PR-Mann) und welche Voraussetzungen nötig sind (detaillierter § 25 Mediengesetz, Zielgruppen etc.).

Ich hoffe, ich habe niemandem mit dem Geplausche anlässlich einer Taten verlangenden Situation verärgert. Ich wollte eigentlich nur sagen, daß LOS eine der besten Zeitschriften ist oder war.

Herzliche Grüße, Volker Rutte, Graz

komme nach hause und finde gerade die letzte (letzte?) nummer von LOS in meinem postkasten. blättere es durch, bin jetzt nicht in der stimmung, es zu lesen, nicht weil gerade irrsinnig viel passiert in mir (oder vielleicht auch doch, schließlich passiert ja immer etwas in einem), nein, es kommt da ganz langsam ein gefühl herauf, das mich hindert, es zu lesen, es jetzt zu lesen. ich lese "pflegeverfall", "Leben ohne Prlvatheit", das "Leid im Alltag" etc. etc. nein, denke ich, jetzt ist sommer. und leiden tu ich selber genug, also was solls! was soll das ewige geselere über das sogenannte "normale" und nicht-oder weniger - "normale". Ich weiß ja, wie das ist. gehe durch die stadt, freu mich an einem schönen tag, an einer stimmung in mir, vielleicht, da kommt schon so ein depp/deppln daher und ödet mich mit seinem/ihrer lachkrampf oder der böse blick eines/r vllelleicht selbst nicht mehr ganz normalen alten trifft mich klaftertief in meiner seele oder was halt so ein moderner mensch an dieser stelle hat, seele ist ja auch nur so eine metaphor. also, ich lache zurück oder ärgere mich oder denke nach. und mir fällt ein, leider hat er/sie ja recht. ich möchte mir selbst nicht begegnen, würde vielleicht auch einen lachkrampf bekommen über diesen bären mit großen ohren oder so was. und jetzt, wenn ich das so hinschreiben, und noch überlege, was und wie ich welterschreiben soll, hab ich für LOS die rettende idee, wie es weitergehen könnte, die ihr natürlich sicher als zynismus empfinden werdet, so eine sommeridee eben. mein ratschlag und meine idee: das LOS sollte sich mit dem WIENER oder der WIENERIN fusionieren. nur so steigen die auflagenzahlen, die umsätze, das interesse des/der lesers/leserin. das wäre - um es neu zu formulieren, ein "cant", damit bezeichnet man etwas so Irrwitziges, etwas total schlechtes, das so schlecht wiederum nicht ist, wie etwa gartenzwerge oder helno oder ähnliches. soll heißen, kitsch ist gut, schlecht ist nur das mittelmäßige, also etwa die songs von bettina wegner oder die filme von woody allen, um das irgendwie abzugrenzen. also übertragen auf LOS hiesse das etwa, schöne gestylte menschenkörper - männer wie frauen - neben verkrüppelten, häßlichen, verrückten, spannende geschichten über das Intimleben der österreichischen nobelschickerla neben erfahrungsberichten von behinderten und alten menschen, wobei keine grauzone ausgelassen wird, nebst selbstironischen stilisierungen und dgl. mehr. also wenn das kein "cant" ist, dann bin ich der papst persönlich.

was ich furchtbar finde, ist diese selbststillslerung, diese welnerlichkeit, diese inszenierung des leidenden und dieses beharren auf "auch wenn ihr noch so schön seid, altwerden und sterben tut ihr doch alle". dieses moralisieren und vorbeisehen wollen an den tatsachen. eine tatsache ist, daß es eben schöne menschen und häßliche menschen gibt, und es überhaupt nichts bringt, hier eine normdiskussion abzuführen, die schon hunderttausende mal abgeführt worden ist. ich frage mich da, bei all der ehrlichkeit, die da im LOS immer zu lesen und auch zu spüren war und ist, diese b e t r o f f e n h e i t s e t h i k, wer las und liest das ganze wirklich mit interesse, mit dem gleichen interesse, mit dem man eine gutgemachte story liest? und sei diese auch nur die liebesgeschichte eines fotomodells.

ich scheiße auf meine behinderung, ja, hier nochmal gesperrt: ich

s c h e i ß e auf meine behinderung! ich will nicht so sein, und möchte das niemandem wünschen und niemandem raten, ich will mich hier überhaupt nicht in larmoyanz ergehen, ich möchte einfach zur diskussion stellen: ob wir den kampf nicht schon verloren haben, ehe er begonnen hat.

ich verliebe mich in schöne frauen, ich liebe die schönheit nackter haut und nicht dieses ekelergende zeug das meinen körper umhüllt. ist das verrückt oder verwunderlich?

ich denke, das wäre einen versuch wert. das magazin der schönen busen und pos integriert - i n t e g r i e r t - wäre hier einmal kein fader witz! - den aufschrei einer minderheit, von menschen, denen all das viele glück des guten aussehens von der lieben mutter natur (allein für diese tatsache sollte man ihr noch weitere zigtonnen schwefeldioxid und der giftigkelten mehr vor den latz knallen!) verwehrt wurde. wäre das nicht eine prima möglichkeit für ein verstehen können, aufeinanderbezugnehmen, mittellen können?

der/die leser/in von Wiener/Wienerin würde hier mit etwas konfrontiert, was sie vielleicht nur aus dem fernsehen (licht ins dunkel) und ohne live dabei kennt. und der/die leser/in von LOS, betroffene und nicht-betroffene, würde sicher gern mal wissen wollen, wie es der tochter vom vranitzky geht, oder ob der waldhelm schon wieder etwas angestellt hat, und wie es mit dem alds steht und welche modifarbe (pink oder türkis) gerade "in" ist, etc. etc.

warum nicht den körper einer behinderten/eines behinderten neben dem eines fotomodells oder filmstars oder dressmans abbilden, nicht als spekulationsobjekt sondern einfach als ein "hallo, hier



Gunther W. Trübswasser

8

"BESUDELN 2"

bin Ich!"

tausche LOS gegen WIENER. tausche schönen Körper gegen häßlichen Körper, zum auf die Party gehen, zum Grillfest. ziehe an den Frankenstein, das Live dabei, die Rocky-Horror-Picture-Show der Postmodernen Gefühle, diese scheinbare Nähe, die ja ohnehin nie zum Aushalten ist.

Für alles gibt es eine eigene Zeitung, eine eigene Zeitung, für die Jäger und Sammler, die Bastler und Surfer, die sozial Engagierten und die Genüßspechte, die Geilen und die Mäßigen, für alle Betroffenen ihre Betroffenheit, nichts aber betrifft wirklich. warum also nicht einmal eine Mischung versuchen?

wieners Mischung, LOS-Mischung und dadurch neue (feinste) Verteilung in Flüssigkeit. warten auf Zukunft.

wär das eine Idee, gar ein neuer Anfang? redet mal mit Leuten dort beim Wiener, ob die so was machen würden, und unter welchen Bedingungen. besser als mit einem Integrationsblatt zusammengehen (zweimal Integration ergibt wohl dann gar nichts mehr!), lieber selber sich integrieren oder zumindest den Versuch wagen.

wie gesagt, eine Sommeridee, aber vielleicht könntet ihr doch mal darüber nachdenken.

Helmut Schlestl, Innsbruck

Liebe Freunde und Freundinnen!

Lese soeben über das Existenzproblem der LOS-Redaktion. Kann mir das Problem der Finanzierung einer Anstellung sehr gut vorstellen. Hier eine Idee, die ihr möglicherweise schon x-mal gedanklich durchgespielt habt:

Sollte eine Anstellung bei der Redaktion (beim Verein, so vermute ich) das individuelle Problem der Arbeitslosigkeit beseitigen, so bin ich überzeugt, daß die AMV (Arbeitsmarktverwaltung) diesem Problem Gehör schenkt. Für die Anstellung von am Arbeitsplatz benachteiligten Personen (Erwerbsminderung) existieren recht vorteilhafte Finanzierungsschemen zur Erlangung/Schaffung eines Arbeitsplatzes (z.B. Aktion 8000, etc.).

Im Anliegen eines Weiterbestehens der LOS-Redaktion

lieben Gruß, Martin Pasiut, Wien

Liebe Frau Karoliny,

Herzlichen Dank für die Mühe, die Sie sich mit dem Kopieren gemacht haben, für uns war es toll, die Gedichte nachzulesen.

Mir tut es leid, daß LOS nun in eine finanzielle und personelle Krise gekommen ist. Ich finde es wichtig, daß es LOS gibt, da es eine eigenständige offene Zeitung ist, daß drinnen steht, was man sich selbst oft denkt, und man die Wut spüren kann - oder andere Gefühle.

Ich verstehe aber, daß unbezahlte Arbeit nach mehreren Jahren nicht mehr genug Spaß macht und wahrscheinlich niemand lästige Kleinarbeit machen will. Mit der Anstellung einer fixen Person würde sich aber, glaube ich, die Art von LOS verändern - über kurz oder lang filtert sich doch alles durch diese Person.

Ich selbst würde schon etwas mehr zahlen wollen fürs Abo, aber "das macht das Kraut auch nicht fett". Inserate keilen ist auch nicht leicht und macht oft Bauchweh und Gewissensbisse.

Daher plädiere ich für Vorschlag Nr. 2, Zusammenschluß mit bi - wobei ich die bisherigen Redaktionsmitglieder bitte, weiterhin andere als schulische Themen einzubringen.

Mir ist in Reutte aufgefallen, wie schlecht die nicht-schulischen Arbeitskreise besucht waren, z. B. der sich mit Pflegegeld beschäftigt hat, wurde überhaupt aufgelöst.

Ich hoffe, LOS, in welcher Form auch immer, weiterbezahlen zu können!

Mit herzlichen Grüßen, Hermengilde Ferrares, Graz

Begegnung mit Maria

von Brigitte Herdin

Maria schreibt in ihr Tagebuch:

**29. August 1977*

Heute fühle ich mich ein bißchen nervös und verstehe nicht ganz, warum. Ich habe auch nur wenig geschlafen. Ich habe von einem Freund geträumt, Mario Starc und von meiner zweiten Kusine Stella, die Frau von Mario. In meinem Traum, sehr glücklich, war ich jung und lebenslustig, ging tanzen und amüsierte mich von ganzem Herzen. Ich habe gekocht, aufgeräumt, und nach dem Essen legte ich mich ein wenig nieder. Ich habe ein bißchen geschlafen, um drei bin ich in die Küche gegangen und habe mir einen Kaffee gemacht.

Ich bin weggegangen. Ich bin im Espresso in Rolano, um für mich und Scossi Zigaretten zu kaufen. Es regnet Schusterbuben, unvorhersehbare Platzregen. Was für ein August! Ich bin völlig durchnäßt, zittere und kann fast nicht schreiben. Ich bin verkühlt und habe auch Husten, aber das kümmert mich nicht sehr. Es regnet gnadenlos weiter, fast wie ein Weltuntergang.

Das Espresso ist sehr groß, die Jugendlichen spielen Karten oder Dame, auch die Frauen spielen Karten. Das Wetter ist im wahrsten Sinn ruiniert, es hört nicht auf zu regnen. Ich weiß nicht, wie ich nach Hause komme. Alle schauen mich an, ich bleibe ernst. Jetzt telefoniere ich mit einer Freundin und dann mit meinem Sohn Dimitri. Er kommt mich nicht besuchen, er ist böse mit mir, weil ich in der Wohnung im Viale Miramare wohne. "Meine Kranken" warten schon auf mich wegen der Zigaretten, ich kann nicht gehen, weil es noch immer in Strömen gießt.

Alle sagen, tausend und nicht mehr als tausend.

Ich habe meinen Sohn angerufen. Er hat gesagt: "Mama, wo bist du? Im Espresso bei diesem Wetter? Geh nach Hause..." Ich kann nicht gehen, solange es nicht zu regnen aufgehört hat. Ich werde noch ein wenig warten und dann Zigaretten holen gehen. Ich halte es ohne nicht aus. Ich gehe auf einen Tisch zu. Dort sitzen drei Jugendliche. Ich frage: "Ist es gestattet?" Sie sagen: "Bitte". "Danke", erwidere ich.



Während ich mein Leben aufschreibe, spielt ein Fräulein auf der Gitarre. Jetzt will ich aber wirklich gehen. Es regnet noch immer, es nimmt kein Ende. Viele Leute gehen hier von einer Seite zur anderen, sie sind in Elle, geschäftig. Die Jugendlichen sprechen Neapolitanisch, sie sind schön. Die Augen leuchten in Ihren Gesichtern und diskutieren und tanzen von hier nach dort, diese schönen großen Augen.

Ich gehe Richtung Wohnung, um das Essen vorzubereiten. Auf der Straße habe ich viele Leute gesehen und viel Pollizel, das Rote Kreuz und Dachziegel auf der Erde. Viele Leute schauten. Es wird wohl ein großes Unglück geschehen sein. Ich zittere wie Espenlaub. Die Straßen waren 20 Zentimeter hoch mit Wasser bedeckt. Ich ging wie am Strand, plitschnaß, und der Regen, den uns wohl Gott gesandt hat.

Endlich bin ich zu Hause bei den meinen. Ich horche Radio, das Antonio Cerna gehört. Auch er durchwanderte den Kreuzweg von "San Giovanni". Auch er hat Elektroschocks bekommen. Jetzt sind wir alle zu einer Familie geworden, ich koche und arbeite. Im Radio, im "Gazzettino" (die Triestiner Nachrichtensendung) sagt man, daß es heute wegen dem Regen und dem Wind in Grotta, Rolano, Barcola und der ganzen Stadt ein Desaster gegeben hat. Eingestürzte Häuser, überschwemmte Straßen.

Jetzt reden sie über Fußball. Heute hatte ich einen schönen Tag. Es ist nicht schön mitanzusehen, das was ich gesehen habe.

Jetzt reden sie über Fußball. Ich horche gerne zu, ich versuche, auf dem Laufenden zu bleiben. Ich

erinnere mich daran, als ich, Im Hof, mit meinem Mann Ball spielte. Nach dem Essen sehe Ich fern.

Ich schreibe von meinem Leben. Heute hatte Ich einen schönen Tag. Es ist nicht schön, mitanzusehen, was Ich gesehen habe. Heute auf der Straße, als Ich die Polizei und das Rote Kreuz gesehen habe, dachte ich, es wäre etwas in der Wohnung passiert. Es hat mich auch an Dinge vor vielen Jahren erinnert: den Krieg, Lastwagen von Soldaten im Viale Miramare und in der Via Udine. Jetzt ist alles ruhig, die Wolken sind noch da. Hoffen wir, daß es morgen schön sein wird.



Ich bin allein vor dem Fernseher. Die anderen sind schon im Bett. Ich sehe einen schönen Film im Fernsehen von Capodistria, sehr lustig. Ich hoffe, heute gut zu schlafen. Ich werde eine Schlaftablette nehmen, nur so kann Ich ein paar Stunden ruhig und ohne an meine Zeit zu denken, schlafen.

Als ich klein war, schlief Ich oft bei meiner Mutter. Ich schlief gut und ohne Gedanken. Das Leben war schön, ohne Seufzer, ohne Zweifel. Meine Jugendzeit wird nie mehr wiederkehren. Damals ging Ich mit meinen Jugendfreundinnen arbeiten.

Der Schlaf überkommt mich, Ich bin müde von dem Tag. Ich bin auch ein wenig verküht. Der ganze Körper tut mir weh. Im Fernsehen, der Film ist wirklich schön. Kostüme aus zwei Jahrhunderten. Es tut mir gut, diese eleganten und munteren Schauspieler zu sehen. Ihren Krieg zu verfolgen, den Botschafter und den sympathischen Prinzen zu sehen.

Im Bett lese ich meinen Groschenroman.“

+ + +

Maria kam im Alter von 33 Jahren, im Jahr 1948, zum ersten Mal nach "San Giovanni", dem damaligen Irrenhaus von Triest, Krankheit laut Diagnose: "Manisch-depressives Irresein". Als Therapie verordnete man ihr Elektroschocks, die allerdings nicht zu helfen schienen. Von 1964 bis 1974 mußte sie sich ununterbrochen stationär in der psychiatrischen Anstalt aufhalten, bis sie mit der Unterstützung der engagierten Psychiater rund um Franco Basaglia wieder ihr Leben in Freiheit aufnehmen konnte und zu einer ständigen Benutzerin des "Zentrums für geistige Gesundheit" in Barcola, einem Stadtteil von Triest, wurde.

Heute gibt es 7 solcher Zentren in ganz Triest, die jährlich ca. 3.000 Menschen Hilfe bieten und als "starke Territoriumsdienste" die geschlossene Irrenanstalt ersetzen. Anders als in Österreich, aber auch in einigen Provinzen Italiens, zu denen auch Bozen zählt, wo es noch immer geschlossene Psychiatrische Abteilungen und Psychiatrische Anstalten gibt, die meistens dicht belegt sind, ist die Psychiatrische Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses in Triest über lange Stunden leer. Sie wird als eine Art "Erster Hilfe Dienst" in psychiatrischen Angelegenheiten geführt.

Die Ärzte, Pfleger und Betreuer der Triestiner Psychiatrie kennen "ihre" Behinderten. Sie wissen genau, wo sie wohnen, wie sie wohnen, wer ihre Freunde, Familien, Verwandten und Bekannten sind. Nicht so wie bei uns, wo sich die Aussonderungs- und Verhinderungsmechanismen in den letzten 15 Jahren um ein Vielfaches vermehrt haben, begreifen sich die Triestiner "Zentren für geistige Gesundheit" als zuständig. Ein psychisch Kranker ist nicht immer nur krank, sondern auch behindert. Er möchte etwas mitteilen. Er möchte sich zurechtfinden in dieser und in seiner Welt. Oft und oft haben diese Menschen lange gut "funktioniert", bis sie eines Tages nicht mehr funktionierten. Sehr ernst nimmt man in Triest daher auch das Problem des Autismus, eine Krankheit/Behinderung, die möglicherweise ihren Ursprung in einer psychischen Abkapselung des Kleinkindes, des Fötus hat und mehr und mehr im Anwachsen ist. "Funktionieren" wir etwa alle viel zu gut? Oder glauben wir vielleicht, noch immer nicht gut genug zu "funktionieren"?

Ob bei jung oder alt, hinter den klingenden Namen der Behinderungen stecken Angst und Isolation. Unkontrollierbare Ängste, undefinierbare Aggressionen, innere Isolation, die auch durch die ge-

nauesten klinischen Definitionen nicht verschwinden. So wenig, wie Aufenthalte in geschlossenen Anstalten helfen, sie zu überwinden oder kontrollierbar zu machen. Den Kranken/Behinderten aber wäre genauso nicht gedient, würde man sie im Stich lassen, sie ihrer Geschichte, ihren Problemen sich selbst überlassen in der Hoffnung, irgendein Nachbar werde schon helfen (ÖVP/CDU-Konzepte der verstärkten Nachbarschaftshilfe).



"Starker Territoriumsdiens" heißt der Weg, den die Triestiner Psychiatrie als möglichen und verantwortungsbewußten Arbeitsstil gefunden hat. Ein Stab von ca. 5 Psychiatern, einigen Pflägern, Psychologen und unzähligen anderen Helfern pro Zentrum nimmt sich der psychisch und geistig Kranken/Behinderten im Wohngebiet (Territorium), zu Hause, im Leben, an, bei den schwierigsten rund um die Uhr und bis zu fünf Mitarbeiter auf einmal.

Franco, ein sehr engagierter Sozialarbeiter in Triest, erzählt, wie es für ihn war, als er mit Flavio am Höhepunkt einer psychotischen Krise zusammentraf: "Er war sehr aggressiv gegen alles und jeden. Ich ging trotzdem zu ihm ins Zimmer, gefaßt darauf, von ihm angegriffen zu werden. Ich setzte mich neben ihm aufs Sofa. Er betastete mich, weil er fast blind ist. Ich hatte große Angst. Er erwischte meinen Oberschenkel und fragte, ob dies mein Arm sei. Gelstesgegenwärtig sagte ich, ja, und war ihm durch diesen Zufall einen Schritt näher gekommen. Ich bin mit ihm, so wie er damals war, auch auf die Straße gegangen. Immer wieder bekam er aggressive Anfälle und wollte mit mir zu raufen beginnen. Es ist ihm jedoch nie gelungen, mich zu schlagen. Manchmal wurde die Polizei gerufen, um das scheinbare Handgemenge zu beenden, doch konnte die Sachlage jedesmal an Ort und Stelle erklärt werden. So gewann Flavio nach und nach

großes Vertrauen zu mir. Auch heute noch bekommt er seine Aggressionen. Wenn es soweit ist, bittet er mich, nach Hause zu gehen. Dort schimpft und schreit er in seinem Zimmer, beruhigt sich wieder und kommt heraus."

Die Kunst aller Mitarbeiter der Triestiner Psychiatrie, im speziellen der Psychiater, liegt also nicht darin, zu diagnostizieren, einzusperren, Kartellkarten präzise auszufüllen und obsessiv zu horten, oder gar darin, wie ein Gefängniswärter aufzupassen, daß niemand flüchtet, daß niemand auf der Station auch nur irgendein Lebenszeichen von sich gibt und daß Ruhe herrscht. Im Gegenteil: im Zentrum von San Vito, in dem auch ich mich eine zeitlang unter die Mitarbeiter gemischt hatte, beunruhigte eines Tages die Stille, mit der einer der ständigen Besucher seine Zeit zubrachte, in einer Ecke oder vor dem Fernseher saß. Eine argentinische Volontärin versuchte ihn daraufhin, zum Zeichnen zu überreden. Er lehnte ab. Ich bot ihm hin und wieder eine Zigarette an. Bei all dem ging es gar nicht so sehr darum, daß er mitzeichnete oder die Zigaretten rauchte, sondern einfach zunächst auch darum, ihn anzusprechen, ihm zu zeigen, daß man ihn wahrnimmt, in ihm, welche Reaktionen auch immer, auszulösen.

Gleich, wie ein Chirurg weiß, daß seine Arbeit weder mit der kunstvollen Diagnose noch mit dem Schnitt beendet ist, gleich, wie ein Chirurg seinen Patienten nie mit der offenen Wunde im OP liegen lassen würde, mit dem Auftrag an die Krankenschwester das heraustropfende Blut wegzuwischen, geht man in Triest an die Arbeit mit den psychisch Kranken/Behinderten heran. Wie im OP spielt das Team eine entscheidende Rolle.

Ich frage mich nur eines: Die Verantwortung eines Chirurgen beginnt also bei der Diagnose und endet bei der nach besten Kräften und Wissen wieder hergestellten Lebensfähigkeit des Patienten, von der er sich gerne immer wieder überzeugt, was ihm oft den lebenslangen Dank seiner Patienten einbringt. Und die Verantwortung der Psychiater gerade bei den schwersten Krankheiten und Behinderungen sollte bei der Diagnose, dem Schnitt und der Überwachung beendet sein?

Aber kehren wir zurück zu Marla.
Am 30. und 31. August 1977 schreibt sie weiter in ihrem Tagebuch:

"30. August 1977

...Heute Ist das Wetter schön. Ich habe mich gewaschen, den Badeanzug genommen und bin im Autobus Nr. 6 zurück nach Barcola gefahren. Das Strandbad Excelsior liegt genau gegenüber des Zentrums für geistige Gesundheit. Ich habe einen Kaffee getrunken und ein Eis gegessen, dann bin ich Richtung Bad gegangen. Ich bin allein.

Jetzt befinde ich mich im Espresso "Midy" mit Franco Orsi, der mir von gestern erzählt. Das Espresso, in dem er gestern war, wurde überschwemmt, Steine und Schlamm waren jetzt da. "Noch nie soetwas gesehen", sagte er zu mir und lachte. Franco Orsi ist ein tüchtiger junger Mann. Er ist erst 33 Jahre alt: Das Alter von Jesus Christus. Er ist sehr sympathisch und gut. Er arbeitet in der Küche des Zentrums für geistige Gesundheit. Er hatte im Hafen gearbeitet, wie mein Sohn. Er ist sehr ordentlich. Jetzt macht er sich über mich lustig. Er hat viel Vertrauen zu mir, weil wir gemeinsam in der Küche des Zentrums, solange ich dort war, gearbeitet haben. Er sagt immer zu mir, er würde mir den Einkauf für die Wohnung nicht mehr geben, und ich ärgere mich. Ich weiß, daß er Spaß macht, aber er macht ihn, um, wie er sagt, mich zu ärgern und wie immer lacht er.

Ich habe heute abend im Zentrum gegessen. Franco saß allein an einem Tisch. Auch der Pfleger Renato war gekommen und hatte sich neben mich gesetzt. Ich sagte: "Franco, komm', setz' dich zu uns zum Abendessen, in Gesellschaft!" Er schüttele nur den Kopf.

Am langen Tisch waren wir zu fünf: Renato, ich, eine Volontärin (eine Studentin aus der Schweiz) und zwei andere Patienten. Mir hat es gefallen. Der Mann vis-a-vis hat mich gefragt, woher ich komme und wie es mir gesundheitlich geht. Ich erwiderte ihm, daß es mir gut geht, daß mir aber heute früh der Kopf vom gestrigen Regen weh getan hat.

Danach haben wir von Groschenromanen, vom Krieg und auch vom Tod gesprochen. Der Herr ist aufgestanden und in den großen Saal gegangen. Er meinte, immer wenn man vom Tod spricht, rieselt es ihm kalt über den Rücken. Darauf sagte ich, daß der Tod auf jeden Fall eines Tages kommt. Genaugenommen, kann auch ich solche Themen nicht ausstehen.

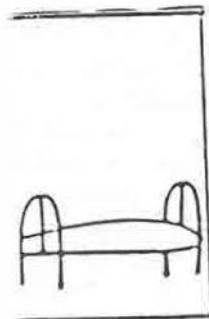
Sprechen wir von anderen Dingen.

Ich rede noch einmal über die Bücher, übers Rauchen, vom großen Regen gestern. Dann sagte ich, daß ich gehen muß, meine Medizin nehmen oder das Essen zubereiten. Ich verabschiedete mich.

Franco fragt, ob ich mit ihm gehe. "Wohin", frage ich. Er will, daß wir in die Birreria "Dreher" gehen. Ich bin aber nach Hause gegangen. Zu Hause habe ich allen zu essen gegeben und dann einen Spaziergang zum Bahnhof gemacht. Vorm Espresso "Arnoldo" begegnete ich Marlo Gallmberti mit seiner Mutter. Auch er viele Jahre im Irrenhaus, auch er kommt ins Zentrum. Wir grüßen einander.

Ich gehe Richtung Via Geppa und kaufe mir ein Eis mit Schlagobers. Ich frage den Mann hinter der Bar: "Wieviel?" "Acht hundert", sagt er. Ich möchte bezahlen und war sicher, 1.000 Lire im Portemonnaie zu haben. Ich habe aber nur 300. Ich sage ihm, daß ich mein Geld zu Hause vergessen hätte, daß ich ihm 300 geben kann und morgen den Rest bringen würde. Freundlich sagt er mir, daß das in Ordnung geht. Ich danke und verabschiedete mich. Ich gehe noch zur Piazza Oberdan und dann in die Via Carducci, zum Autobus in Richtung nach Hause, denn Regen droht. Blitze und Donner grollen. Ich warte ca. 20 Minuten auf den Bus. Es wird regnen.

Der Abend geht dem Ende zu. Zu Hause sind wir heute zu sechst: drei Männer, drei Frauen. Emilio war schon im Bett. Wir haben uns noch ein wenig miteinander unterhalten, bis dann jeder in sein Zimmer ging. Ich habe noch meine Wäsche gewaschen. Es ist fast Mitternacht. Ich gehe zu Bett, obwohl ich nicht müde bin, möchte ich ausruhen. Meine Beine schmerzen. Ich bin zuviel gegangen.



31. August 1977

So jetzt bin ich in der Küche. Ich habe Kaffee in Emilios Zimmer gebracht. Er sagt niemals danke, niemals "...Tag" und schon gar nicht "Auf Wiedersehen". Am Morgen allein in der Küche spreche und singe ich immer ganz leise. Jetzt denke ich an meinen Sohn, der zur Arbeit geht, er arbeitet bis halb zwei. Das Wetter ist schon wieder schlecht, es regnet. Ich glaube, ich werde heute ins Zentrum nach Barcola fahren, und danach zu meiner Schwester Saveria, weil sie krank ist. Sie ist immer krank. Sie hat ein großes Geschwür am Bauch. Sie weint immer und ist wie ich seit sechs Jahren Witwe. Ihr Mann, Raffaele, starb an Herzinfarkt. Mein anderer Schwager, Nino, ist auch tot, gestorben an infektiöser Gelbbauch. Er ist mit meiner Schwester Wanda von Bologna nach Triest übersiedelt, um mich aus dem Irrenhaus herauszuholen, doch dann ist es so gekommen, und ich bin im Irrenhaus geblieben.

Meine Schwester Wanda lebt heute in Opicina. Ihrem Mann ist es noch vor seinem Tod gelungen, ein kleines Haus zu bauen, eine wunderschöne Villa. Sie lebt allein. Wenn ich wollte, könnte ich einige Monate im Jahr bei ihr leben, aber sie ist sehr nervös, weil sie als Kind Gehirnhautentzündung gehabt hat. Sie macht Nervenkurien, sie macht die gleichen Kurien wie ich. Wenn wir beisammen sind, weinen wir gemeinsam für unsere Lieben und für das, was wir im Leben durchgemacht haben. Wir sind drei Schwestern, alle drei Witwen. Die fröhlichste bin ich.

Mein armer Schwager Nino war Elektrotechniker bei der Eisenbahn und wollte immer Stationsvorstand werden. Schade, denn ich könnte bei ihnen sein, in ihrer Gesellschaft...

Heute habe ich einen Herren, einen Pensionisten kennengelernt, der Gastwirt war. Wir haben über dieses und jenes gesprochen. Er ist sechzig Jahre alt. Schon wieder schwarze Wolken. Ich gehe zum Zentrum für geistige Gesundheit von Barcola. Dort ist die Pflegerin Celestina. Ich kenne Celestina seit vielen Jahren, seit sie im Irrenhaus zu arbeiten begonnen hatte. Wir waren in der Abteilung "Q" mit der Saalvorsteherin Maria Jelercich. Ich bat sie um meine Schlaftherapie und Celestina sagte: "Maria, du darfst dich nicht mit soviel Medizin vollstopfen!"

Ich gab ihr zur Antwort, daß ich ohne Tabletten nicht schlafen konnte und daß ich überhaupt wenig schlafe. Und so hat sie mir eine Tablette gegeben und eine Injektion gegen meine Kreuzschmerzen.

Dann kam auch Carlo, der Koch des Zentrums. Er brachte uns allen Eis mit...auch er ist sehr gut und fleißig. Auch er war viele Jahre im Irrenhaus, jetzt schläft er im Zentrum. Beim Diskutieren, Plaudern und Lachen ist es spät geworden. Die Pflegerin Celestina hat gesagt: "Gehen wir heim, mach wir Schluß hier, es ist spät geworden. Franco, komm', ich bringe dich mit dem Auto nach Hause!" "Darf ich auch mitfahren, Celestina?"

"Ja."

Paolo ging weg und auch Mirella, die Volontärin.

Jetzt ist es neun Uhr vorbei, und ich bin zu Hause am Viale Miramare. Ich verabschiedete mich von der Pflegerin und bedankte mich für ihre Freundlichkeit, mich mit dem Auto nach Hause zu bringen. Der Tag ging gut zu Ende. Alle waren schon im Bett.

"Emilio, bist du zu Hause, schläfst du?"

"Ja", antwortete er.

"Hast du gegessen? Was hast du zum Nachtmahl gegessen?"

"Dies und das, aber ich bin noch hungrig."

"Wenn du möchtest, komm' in die Küche. Ich mache dir zwei Eier und Würstel."

Das habe ich gemacht. Emilio hat gegessen. Danach forderte ich ihn auf, mit mir im Programm von Fernsehen Capodistria einen Film anzuschauen. Auf dem Kanal laufen immer gute Filme. Wir sind dann ins Wohnzimmer gegangen, nachdem ich noch das Gemüse für morgen auf den Herd stellte. Für morgen habe ich zwei junge Männer, die auch ins Zentrum kommen, zum Mittagessen eingeladen: Umberto Principe und Paolo Covacchi. Sie gefallen mir, sind sehr freundlich, wir mögen einander. So werden wir morgen 12 zum Mittagessen sein. Ich koche mit viel Liebe und Sorgfalt und hoffe, daß alle zufrieden sind. Ich bin noch auf den Beinen, alle schlafen, es ist Mitternacht, bald gehe ich auch schlafen.

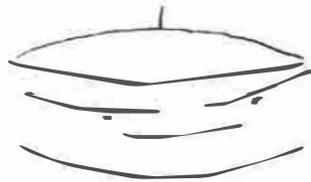
Es regnet wieder. Ich habe die Wäsche heringeht, die ich draußen zum Trocknen aufgehängt habe. Sie war schon ganz naß. Ich habe mir gedacht: Wenn es Gott war, der sie naß gemacht hat, dann wird er schon dafür sorgen, daß sie wieder

trocken wird. Mit jedem Tag habe ich das Gefühl, daß es mir besser geht. Auch Dr. Dell'Acqua sagt, daß es mir besser geht. Er ist mein, sehr lieber, Arzt. Er mag mich sehr gerne, und wir beide lachen oft. Ich bin immer lieb zu ihm, weil ich ihn sehr gerne mag, lieber als meinen Sohn. Ich kenne auch seine Frau und sein Kind, sie sind sehr warmherzig.

Jetzt lege ich mich nieder, ich habe die Tablette genommen. Hoffentlich kann ich schlafen, und wenn es morgen schön ist, gehe ich ans Meer."

Die Tagebuchaufzeichnungen sind aus dem Buch: Giuseppe Dell'Acqua: Non ho l'arma che uccide il leone. Storia del manicomio di Trieste. Editoriale Libreria SpA, Trieste.

Dott. Giuseppe Dell'Acqua begann seine psychiatrische Arbeit in der Gruppe um Franco Basaglia und ist heute psychiatrischer Leiter des Zentrums für geistige Gesundheit in Barcola, einem Stadtteil von Triest.



RUND UM EINEN SCHREIBTISCHTÄTER

oder: Ich diskutiere nicht mehr ...

von Christine Petloky

Peter Singer, Autor und Universitätsprofessor aus Australien, fordert das Recht auf Tötung schwerstbehinderter Neugeborener auf Wunsch der Eltern und Ärzte. In seinem Buch "Praktische Ethik" findet sich auch der Satz, daß sich alles, was er über Kleinkinder sagt, "auch auf ältere Kinder oder Erwachsene anwenden läßt, die auf der Reifestufe eines Kleinkindes verharren." (1) Auf diese Idee kommt er nicht als überforderte Stationsgehilfin in einer Wiener Großinstitution (wie dies im Krankenhaus Lainz geschah), nicht als rund um die Uhr belasteter alleinerziehender Vater, dem niemand hilft, und, meines Wissens, auch nicht als schwere Schmerzen leidender Mensch, der nicht mehr leben möchte.

Peter Singer ist auch kein durch Grenzsituationen und Entscheidungsnotstände belasteter Arzt. Seine Ideen stammen aus seiner Philosophie - er ist Moralphilosoph. Grundlage seiner Schlußfolgerungen ist der sogenannte Präferenzutilitarismus, der sich einerseits an Vorstellungen von erwartbarem Glück orientiert, und andererseits Klärung und Setzung von Kriterien der Gemeinschaft überlassen möchte.

Angesichts einer sicher sehr breiten Zustimmung innerhalb der österreichischen Bevölkerung -

(dazu aus dem "Standard":

"Besser wärs, das arme Hascherl tät sterben. (...) Peter Singer ist nicht der einzige, der so denkt. Im Gegensatz zu anderen spricht er aber offen aus, was sonst nur an Stammtischen und in manchen Spitälern hinter geschlossenen Türen salonfähig ist..." Helmut Spudlich

"Ich habe viel mehr Angst vor den unzähligen Menschen, die hinter vorgehaltener Hand, oder am Stammtisch ihre 'Thesen' vertreten..." Christa Polster)

- und im Kontext aktueller Sterbehilfeeideen, sowie einer fortgeschrittenen Gentechnologie - laut "Stimme der Frau" ist Singers Arbeitsplatz, die Monash-University in Melbourne, ein Zentrum der Genforschung - ein beängstigendes Szenario. (2)

Peter Singer lehrt an mehreren Universitäten und publiziert seine Schriften weltweit. Vergangenen Sommer wurde er nun auch nach Deutschland und in der Folge nach Österreich eingeladen.

Die Hamburger Wochenzeitung "DIE ZEIT" brachte mehrere Beiträge zum Thema, unter anderem ein Dossier des Juristen und Philosophen Reinhard Merkel unter dem Titel "Der Streit um Leben und Tod".

In diesem Text vollzog der Autor über weite Strecken übereinstimmend Singers Thesen nach.

Darauf reagierte Franz Christoph, eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Krüppelbewegung, mit einer Protestaktion vor dem Redaktionsgebäude der "ZEIT". Ich zitiere hier auszugswise aus seiner Presseerklärung dazu:

"Reinhard Merkel und andere betreiben auf diesen drei ZEIT-Selten entschieden und demagogisch Propaganda für die Vernichtung behinderten Lebens. Sterbehilfe - so die neuen ZEIT-zeilen - (...) muß endlich legalisiert werden, um den betroffenen Kindern und Eltern zu 'helfen'.

Gegen diese Art von 'Hilfe' wehre ich mich. Ich erinnere mich sehr gut an die lautstarke Drohung meines Vaters: 'Ich werde dir schon helfen'. Als ehemaliger Gefolgsmann des 'Führers' bedauerte er meine späte Geburt. 'Wenn der Franz früher geboren wäre', sagte er zu meiner Mutter, hätte man mir und meinen Eltern durch die tödliche Gnade der Nazi-Eu-

thanasié 'viel Leid erspart'. Nun droht Reinhard Merkel denjenigen Behinderten, deren Lebensunwertigkeit für ihn erwiesen scheint, erneut Hilfe an. (...) Dazu gehören laut ZEIT-Dossier bisher Menschen mit Mongollismus, Spina bifida, geistig Behinderte und künftige Dialyse-Patienten, (...)
Die Pressefreiheit ist dort keine mehr, wo sie publizistische Todesurteile über Menschen fällt. (...)
Die Würde des Menschen und somit auch das Lebensrecht behinderter Menschen ist undiskutierbar!"

In Deutschland gelang es der Behinderten- und Krüppelbewegung, Singers Auftritte weitgehend zu verhindern und sich Gehör zu verschaffen. Die ZEIT-Redaktion führte eine Diskussion durch, an der neben Franz Christoph auch zahlreiche andere Singer-Gegner teilnahmen (Merkel war der einzige Befürworter) und druckte sie ab.

Als in Österreich bekannt wurde, daß ein Club 2 mit Peter Singer unter dem Titel "(K)ein Recht auf Leben?" geplant war, protestierten auch hier viele. Beim Hrdlicka-Denkmal, dem Mahnmal gegen Krieg und Faschismus, fand eine Demonstration gegen die Ausstrahlung des Clubs statt, die u.a. von der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, dem Grünen Parlamentsclub, dem Club Handikap, dem Verein Miteinander, den Mobilien Hilfsdiensten, Helmut Kurz-Goldenstern, Sigi Maron, Erwin Rless, dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, der Interessensgemeinschaft der Autoren und dem Wiener Frauenverlag veranstaltet bzw. unterstützt wurde.
 Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes brachte eine Klage bei der Staatsanwaltschaft wegen Verbreitung faschistischen Gedankengutes ein.
 Zahlreiche Proteste gingen an Generalintendant Podgorski und an den Beschwerdeausschuß der Hörer- und Sehervvertretung des ORF.
 Hier stellvertretend Auszüge aus einem dieser Schreiben:

"Wir behinderte Menschen bzw. Eltern behinderter Kinder, stellen mit äußerster Bestürzung und Betroffenheit fest, daß die Tötung von be-

hinderten Kindern für den ORF ein diskutierbares Thema ist. (...) und müssen dem ORF damit auch vorwerfen, daß er latente Wünsche zur Vernichtung von behinderten Menschen in der Öffentlichkeit unterstützt hat. (...)
Grundsätzlich muß gesagt werden, daß in einer humanen, demokratischen Gesellschaft nicht über die Lebensrechte diskutiert werden kann, sondern nur über die Schaffung von bestmöglichen Lebensbedingungen. Wir fordern keine Einschränkung der Meinungsfreiheit, sondern einen verantwortlichen Umgang mit dem umfassenden Thema der Lebenssituation von behinderten Menschen, ehe ein solches Außeneltherthema wie 'Tötung von behinderten Kindern' aus rein journalistischen Gründen hochgespielt wird.
Dementsprechend beschwerten wir uns, daß unsere oftmalsigen Bemühungen, einen Club 2 zum Thema 'Integration in Kindergarten und Schule' (...) von der Club 2 Redaktion ignoriert wurde, sowie auch durchwegs alternative Modelle zur Pflege von behinderten Menschen (...) bisher im ORF nicht entsprechend diskutiert und gewürdigt wurden.
Wir stellen fest, daß Herr Peter Schumann, der (...) im ORF-Kuratorium sitzt und im genannten Club mitdiskutiert, offensichtlich nicht die Interessen behinderter Menschen vertritt. (...)"
 Volker Schönwiese f.d. Mobilien Hilfsdienst Innsbruck
 Karl Sporschill f.d. Tiroler Arbeitskreis für integrative Erziehung

In nahezu allen wichtigen österreichischen Printmedien erschienen Beiträge zu Singer und zu den Protesten gegen sein Auftreten.

Der ORF blieb bei seiner Entscheidung, den Club 2 (da Singer Terminschwierigkeiten hatte!) aufzuzichnen, und eine halbe Woche später auch zu senden.

Diese Entscheidung wurde wie folgt begründet:

"... Die Entscheidung, diese Sendung durchzuführen, fiel weder aus Leichtfertigkeit, noch aus Sensationslust, sondern, weil dieses Thema gesellschaftspolitisch zur Debatte steht. (...)
Voraussetzung (...) war natürlich, daß Herr Singer im Club 2 auf entsprechend starken Widerspruch stoßen muß, und daß deklarierte Gegner seiner Thesen Ihre Argumente ausführlich dar-

stellen können. Dies wird der Fall sein. (...) Nicht der ORF hat das Thema erfunden oder losgetreten, sondern die Diskussion ist seit Wochen in der BRD im Gange (...) ZEIT-Redakteur Theo Sommer (hat sich) ... folgendermaßen geäußert: 'Das Lebensrecht von Behinderten ist undiskutierbar (...), aber das ethische Problem der Euthanasie ist diskutierbar, und es muß diskutiert werden, zumal die Diskussion da ist. Indem wir Augen und Ohren davor verschließen, hört die Diskussion nicht auf. (...) Es gibt Meinungen, die man mißbilligen kann, Meinungen, die man bekämpfen muß, aber es gibt keine Meinungen, die man nicht grundsätzlich für diskussionswürdig oder diskussionsbedürftig halten sollte.'

Auch in diesem Sinne wird der Club 2 gesendet.'

Im ersten Moment leuchtet diese Begründung ein. Etwas so verstanden: Gerade weil weite Teile der österreichischen Bevölkerung höchstwahrscheinlich bereit wären, Singer zuzustimmen, sollte es in der Öffentlichkeit, also im Fernsehen, Gelegenheit geben, ihn zu widerlegen, zu bekämpfen und auf die Bedrohlichkeit seiner menschenverachtenden Philosophie aufmerksam zu machen.

Aber nur einen Moment lang.

Würde ich dem weiter zustimmen, so wäre dies ein Zeichen politischer Naivität und mangelnder Sensibilität.

Damit ich, eine nichtbehinderte Frau, aufgewachsen in einer christlich orientierten Umgebung, in der der Wert menschlichen Lebens niemals infragegestellt wurde, die Welgerung, mit oder über Singer zu diskutieren, nachvollziehen kann, stelle ich Analogien zu meinen eigenen Erfahrungen in anderen Bereichen her:

Erwachsen geworden Mitte der Siebzigerjahre hatte ich Gelegenheit, viele selbst erlebte Kränkungen und Demütigungen nicht nur individuell, sondern gemeinsam mit anderen Frauen zu reflektieren; in diesem Austausch fand eine zunehmende Annäherung an und Identifikation mit dem Feminismus und eine Integration in die neue Frauenbewegung statt.

Da mir auch männliche Gesellschaft immer sehr wichtig war, geriet ich weiterhin in Diskussion mit Männern, etwa mit Studienkollegen. Und obwohl es in den Siebziger- und frühen Achtzigerjahren unter Männern auch üblich war, sich

feministischen Argumenten und Aktionen gegenüber aufgeschlossen zu geben, erlebte ich doch viel häufiger prinzipielle Verständnislosigkeit, als Bereitschaft, einfache Tatsachen, wie z. B. Machtgefälle zwischen Männern und Frauen, wahrzunehmen. Ich erinnere mich etwa an einen Kollegen, der es als Diskriminierung von Männern beklagte, als auf der Universität eine Veranstaltung nur für Frauen abgehalten wurde. Ich erklärte ihm geduldig bis Mitternacht, daß es hier nicht darum ginge, irgendjemanden zu diskriminieren, sondern darum, überhaupt erst für Frauen Voraussetzungen zu schaffen, sich zu artikulieren. Der Kollege war damals an unserem Kontakt sehr interessiert, und sagte nach dem Gespräch, er hätte nun viele, für ihn neue, Aspekte kennengelernt. Als unsere Beziehung ein halbes Jahr später in eine ernste Krise geriet, warf er mir unter anderem vor, ich hätte ihm zu wenig Anerkennung (und Dankbarkeit) für seine Bereitschaft, sich bis nach Mitternacht mit Frauenthemen zu beschäftigen, entgegengebracht. Spätestens in diesem Moment wurde mir klar, wie verschieden die Voraussetzungen waren, von denen wir in unserer Diskussion ausgegangen waren.

Etwa zu dieser Zeit las ich in einem Frauenkalender einen Text mit dem Titel "Ich diskutiere nicht mehr mit Männern" (sinngemäß: sie erleben all das nicht, was uns bedroht und verletzt, und verstehen es auch nicht.)

Im Zusammenhang mit dem Singer-Club fiel mir dieser Text wieder ein. Nun handelt es sich bei den Auseinandersetzungen rund um Patriarchat und Feminismus um Rechte, Benachteiligungen, Diskriminierungen etc. Das Thema dieses Clubs ging noch wesentlich tiefer: (K)ein Recht auf Leben?

Nicht Gleichberechtigung stand infrage, sondern Lebensrecht schlechthin! Und so, wie viele Diskussionen zwischen Frauen und Männern irgendwann konsequenterweise als nichts anderes mehr gesehen werden konnten, als Darstellungen eines Machtgefälles, so war es auch in diesem Club.

Übrigens verwechselte Peter Singer in der Club 2-Diskussion die Argumente in ähnlicher Weise, wie mein oben zitiertes, die Diskriminierung von Männern befürchtender Kollege: er, dessen Bücher auf mindestens drei Kontinenten gelesen werden, und der sich seine Eloquenz auf mehreren Universitäten versilbern läßt, äußerte im



↑
Mub. 07

"BESUDELN 3"

Zuge der Diskussion mehrmals Befürchtungen um seine Redefreiheit, weil seine Vorträge in der BRD von der Behinderten- und Krüppelbewegung erfolgreich verhindert worden waren.

Der Club 2 demonstrierte und verteidigte Macht unter dem Deckmantel freundlicher, höflicher Diskussion; am deutlichsten trat dies für mich durch folgende Konstellation zutage: auf der einen Seite saß der so sympathisch wirkende Ethikprofessor, und erzählte, daß er Leid vermindern und Glück fördern möchte, indem er propagiert, Kinder umzubringen.

Ihm gegenüber saß Karen Schultz, der zugemutet wurde, ihm die Haltlosigkeit seiner Theorien durch Ihre Anwesenheit (als Baby war sie derart behindert, daß ein an Singer orientierter Arzt für sie eine akute Lebensgefahr gewesen wäre) zu demonstrieren. Von ihr wurde erwartet, Ihre gesamte Persönlichkeit einzubringen, um zu überzeugen. Singer und der oben erwähnte, ebenfalls anwesende ZEIT-Autor Merkel wichen einerseits geschickt aus: ... sie sei ja nicht gemeint, aber andere..., andererseits benützten sie die Gelegenheit, ihre Positionen noch zu verdeutlichen: man müsse eben auswählen (!)... und ließen den Beitrag von Frau Schultz ungerührt an sich abgleiten.

Es war übrigens Merkel, den Diskussionsleiter Hohl aufforderte, die Ereignisse in der BRD rund um Singer zu schildern. Wie zu erwarten war, sprach er von Gewalt und Militanz auf Seiten der Krüppelbewegung ("so nennen sich die...") und von der Geduld eines Diskussionsveranstalters. Ich würde vermuten, daß Peter Radtke oder Karen Schultz andere Formulierungen gewählt hätten.

Zwei Teilnehmer dieser Club 2-Runde bekundeten mehrmals ihre Dankbarkeit für die Diskussion: Der Theologe Johannes Gründel, freundlich abwägend argumentierend, und erstmals lebhafter, engagierter, als er Helga Kaszubski, die als Mutter und Mitglied der Lebenshilfe an dem Club teilnahm, korrigierte: sie hatte erwähnt, daß Abtreibung in Österreich erlaubt sei. Gründel: Es gibt keine Erlaubnis, nur Straffreiheit unter bestimmten Voraussetzungen... Der zweite dankbare Teilnehmer war Peter Schumann, Chefredakteur der selbsternannten einzigen Behindertenillustrierten des deutschen Sprachraumes. Er distanzierte sich von den Pro-

testen gegen den Club, und sprach u.a. Karen Schultz ständig mit "Fräulein" an.

Diskussionsteilnehmer Peter Radtke verlas zu Beginn des Clubs eine Erklärung und gab darin unter anderem seine Weigerung, mit Singer in einen direkten Dialog einzutreten, bekannt. Einige Auszüge aus seiner Erklärung:

"(...) Ich bedaure zutiefst, daß sich der ORF überhaupt dazu hergegeben hat, Herrn Prof. Singer eine Plattform für seine perfiden Anschauungen zu bieten. Als ich die Einladung zur Teilnahme an dieser Diskussionsrunde erhielt, hätte ich sehr gerne den Weg meiner Kollegen vorgezogen, denn auch für mich ist es eine moralische Frage, ob es gerechtfertigt ist, sich mit Schreibtischtätern an einen Tisch zu setzen.

Wäre dies nur eine kleine, interne Runde gewesen, hätte ich ohne Zögern abgesagt. Nun weiß ich aber, daß diese Sendung ausgestrahlt wird, mit mir oder ohne mich. Herr Prof. Singer wird die Gelegenheit erhalten, seine unheilvolle Saat in einen nur allzu aufnahmebereiten Boden auszustreuen. (...) Unter diesen Umständen erschien es mir trotz all meiner Bedenken doch wichtiger, durch meine Anwesenheit Zeugnis abzulegen für die Unhaltbarkeit seiner Behauptungen. Ich meine, daß ich verpflichtet bin, (...) gegen das anzukämpfen, was heute vielleicht noch einzudämmen ist, morgen aber außer Kontrolle gerät. Allerdings muß ich hinzufügen, daß es für mich unmöglich ist, mit Herrn Prof. Singer in ein direktes Gespräch einzutreten. Dies hieße für mich soviel, als würde ich als ein für die Gaskammern von Auschwitz Bestimmter mit meinem Henkersknecht darüber diskutieren wollen, ob meine Vergasung ethisch gerechtfertigt ist..."

Durch diese besonders eindringlich formulierte Abgrenzung setzte Peter Radtke als einziger ein Gegengewicht zur Macht des Schreibtischtäters, sowie zu jener der Regisseure des Clubs.

Es ist sicher wichtig, daß Leute wie Helga Kaszubski, Karen Schultz oder Peter Radtke im österreichischen Fernsehen zu Wort kommen. Es gäbe dazu andere, sinnvollere Gelegenheiten, die der ORF bisher nicht wahrgenommen hat.

Der ORF hätte überhaupt jede Gelegenheit, eben die Macht, den nun schon mehrmals zitterten Tendenzen, Lebensrechte infragezustellen, entgegenzuwirken.
Statt dessen die Einladung an Peter Singer.

Statt die Proteste ernst zu nehmen, die Inszenierung einer freundlichen, verschleiernenden Diskussion.
Wer Gewalt verschleiern, übt sie aus.

Anmerkungen

- 1) zitiert nach Theo Sommer, DIE ZEIT, Nr. 29, vom 14.7.98, S. 10
- 2) Zum Themenkreis "Euthanasie-Eugenik-Gentechnologie" brachte "BEHINDERTE IN FAMILIE, SCHULE UND GESELLSCHAFT" in Heft 3/1989 mehrere interessante Beiträge.

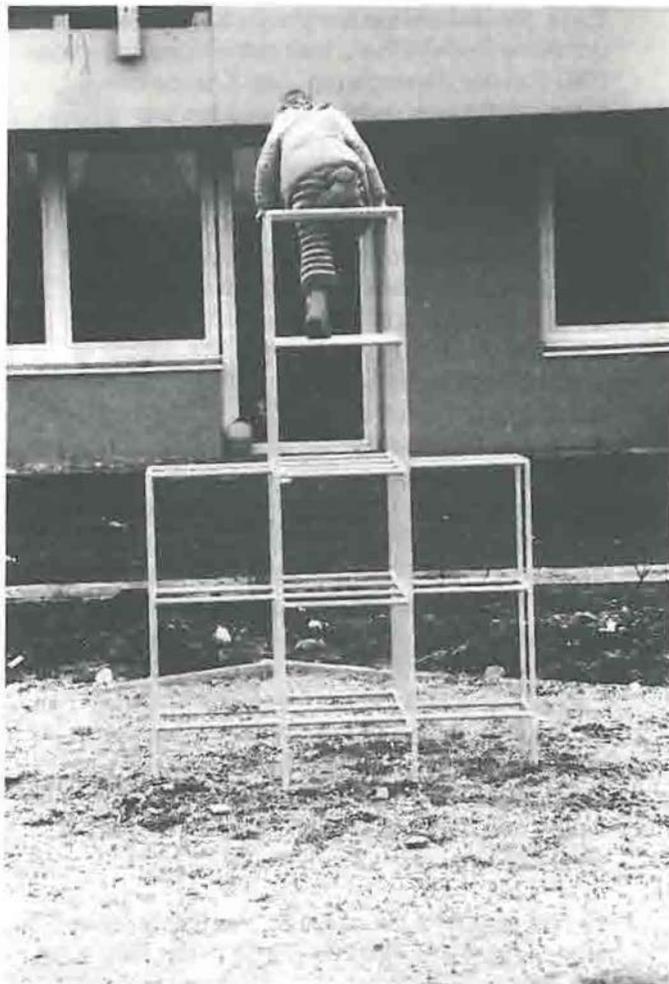


Foto: Klaudia Karoliny

ÖBDS SAFORT: **Organisationsberatung für Soziale Institutionen**

Der Österreichische Berufsverband Diplomierter Sozialarbeiter bietet in Zusammenarbeit mit SAFORT - Verein zur Förderung Sozialer Arbeit - Fortbildung und Forschung Institutionen und Arbeitsgruppen. Vereinen mit Tätigkeit im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie Sozialprojekten an professionellen Kriterien orientierte Organisationsberatung zu relativ günstigen Preisen an.

Die Beratungsangebote sind orientiert an:

- Fachlichkeit sozialer Dienstleistungen
- Gemeinwesenorientierter Herangehensweise
- Verbesserung der Durchschaubarkeit organisatorischer Strukturen
- Multiprofessionalität

Die BeraterInnen können auf Erfahrungen aus den Bereichen Behinderung und Alter, Erwachsenenbildung, Familienarbeit, Gesundheitswesen, Justiz, sozialer Projektarbeit, Betriebswirtschaft, Öffentlichkeitsarbeit, EDV und Organisationsberatung zurückgreifen.

Nach der Kontaktnahme wird eine erste Problemdiagnose erstellt und darauf aufbauend werden Beratungsvarianten und ein Beraterteam angeboten. Die Beratungsformen werden auf die Bedürfnisse der Organisation abgestimmt und können von kurzfristiger Hilfe beim Krisenmanagement bis zur längerfristigen Begleitung bzw. Institutionsanalyse reichen.

Nähere Hinweise erhalten Sie über SAFORT, Czerningasse 12/14, 1020 Wien. Kennwort: „ÖBDS-Angebot“

Um unverbindliche schriftliche Kontaktaufnahme wird ersucht. In dringenden Fällen tel. Anfragen unter der Wiener Nummer 26 76 09

Tagung des Grünen Klubs – Zur persönlichen Assistenz

GRÜNE ASSISTENZ - Ein Kurzkomentar

von Kurt Schneider

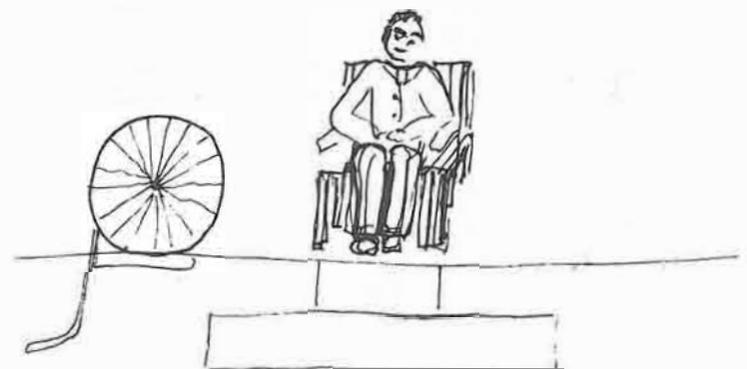
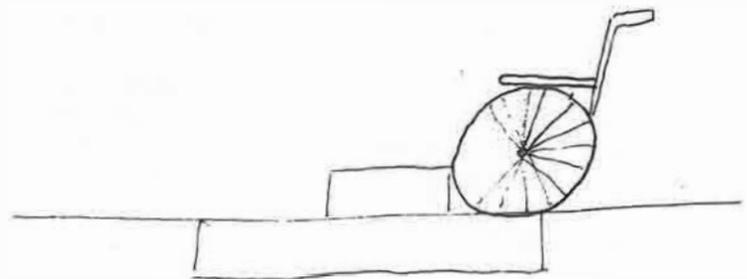
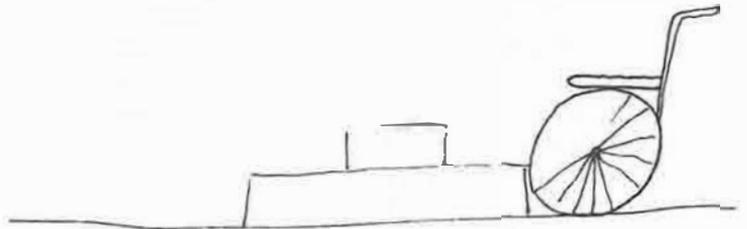
Anfang Oktober lud der Grüne Parlamentsklub zu einer Tagung über "Selbstbestimmtes Leben und persönliche Assistenz" nach Wien. Eine erfreuliche Tatsache.

Denn Initiativen von Parteien, die auch dann tatsächlich stattfinden, also Veranstaltungen von Parteien, in denen Betroffenen politische Strategien gegen Ausgrenzung behinderter Menschen diskutiert und erarbeitet werden, sind hierzulande so zahlreich, wie Wassertropfen in der Wüste.

Obwohl, nach Aussage des Abgeordneten Srb, alle Parteien und Behindertenorganisationen angeschrieben und eingeladen wurden, blieb man unter sich. Vertreter, Mitarbeiter von Gruppen und Sympathisanten, die autonomes Leben befürworten, waren in der Überzahl. Lediglich Vertreter der Wiener SPÖ und der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation repräsentierten einen Teil jener, die jene politischen Forderungen bündeln und umsetzen sollen, die die Betroffenen für ein autonomes Leben schlicht und einfach nun einmal brauchen.

Frau/Mann blieb also unter sich. Trotz relativ homogener Zusammensetzung der Teilnehmer, etwa 60 bis 80 waren aus ganz Österreich und der Bundesrepublik Deutschland angereist, spiegelten die Wortmeldungen der Diskussionssteher jenes Bild wieder, das derzeit die "Behindertenszene" prägt: Nach Vorsicht mahnende Äußerungen, wie beispielsweise, ja nicht zuviel verlangen, denn sonst sind wir Sozialschmarotzer, und wir bekommen gar nichts, waren zu hören, bis hin zum Ruf der Krüppelbewegung aus vergangenen Tagen - Nichtbehinderte raus, ohne euch gehts besser. Am letztgenannten Punkt, ob nun Nichtbehinderte auch tatsächlich dürfen, können oder gar sollen, entzündete sich im Abschlußplenum eine heiße Diskussion.

LOS war natürlich dabei und bringt zum Thema einige Referatbeiträge von der grünen Tagung und eine Resolution von einem weiteren internationalen Treffen vom April, das im Europaparlament in Straßburg abgehalten wurde.



Zeichnung: Roland Jantschko

ZUR UNGLEICHBEHANDLUNG BEHINDERTER MENSCHEN DURCH DAS SYSTEM SOZIALER SICHERUNG IN ÖSTERREICH

von Kai Leichsenring

1. Einleitung

Als wir begannen, diesen Kongreß vorzubereiten, wählte ich für meinen Vortrag den allgemeinen Titel "Ungleichbehandlung - ein Verstoß gegen die Menschenrechte". Dabei war mir natürlich schon klar, daß ich vor dem zu erwartenden und nun auch anwesenden Publikum nicht über die alltäglichen und immer wiederkehrenden Benachteiligungen, über die Bevormundung und die Abschiebung behinderter Menschen ins gesellschaftliche Abseits sprechen werde. Auch auf die Unterdrückungsgeschichte behinderter Menschen werde ich nur am Rande eingehen (ich verweise hier auf den Auszug aus Horst Frehes Artikel "Selbstbestimmung trotz Pflegebedürftigkeit", den wir der Kongreßmappe beigelegt haben). Nach einer kurzen Darstellung - v.a. für unsere Gäste aus dem Ausland - der heute noch gesetzlich festgeschriebenen Ungleichbehandlung behinderter Menschen in Österreich werde ich vielmehr versuchen, ihre Wurzeln in der Struktur der bestehenden sozialen Sicherungssysteme aufzuspüren. In einem dritten Teil werde ich schließlich noch einige Anmerkungen machen zu aktuellen Tendenzen in der österreichischen Sozialpolitik und zum gegenwärtigen Stellenwert von Behindertenpolitik.

2. Die gesetzliche Verankerung der Ungleichbehandlung

Die Benachteiligung behinderter Menschen besteht nicht nur gegenüber Nicht-Behinderten. Historische, politische und kulturelle Entwicklungen haben dafür gesorgt, daß eine zersplitterte Behindertengesetzgebung in Österreich mindestens vier Klassen von Behinderten hervorgebracht hat:

- Behinderte nach Kriegs- und Heeresverletzungen
- Behinderte nach Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten
- Behinderte, die vor Eintritt ihrer Behinderung einen Anspruch auf Pension erworben haben, sowie
- Behinderte, die keinen Pensionsanspruch erwerben konnten.

Allein diese Aufzählung zeigt die Absurdität der gesetzlichen Regelungen auf. Absurd deshalb, weil sie entsprechende Leistungen nach der Ursache einer Behinderung gewähren. Mit keiner Silbe wird in den Gesetzestexten darauf eingegangen, welche zusätzlichen Aufwendungen durch eine Behinderung allein schon zur Aufrechterhaltung der bloßen Existenz, geschweige denn zur Führung eines menschenwürdigen Lebens entstehen. Immerhin hat jedoch jeder, der - in der Sprache des Gesetzgebers - aufgrund seiner Behinderung derart hilflos ist, daß er ständig der "Wartung und Hilfe" bedarf, Anspruch auf zusätzliche Leistungen. Diese werden allerdings wiederum in höchst unterschiedlichem Ausmaß gewährt. Allein im Bereich dieser pflegebedingten Zusatzleistungen entstehen erhebliche Differenzen zwischen den verfügbaren Geldmitteln für Menschen, die oft den gleichen Bedarf an Hilfe bzw. an persönlicher Assistenz haben. So erreicht der Hilflosenzuschuß in der Pensionsversicherung 1989 höchstens 2.784,- Schilling, in der Unfallversicherung hingegen bis zu 5.568,- Schilling, wobei die Höhe im Einzelfall paradoxerweise vom vorherigen Einkommen abhängig ist und nicht vom behinderungsbedingten Bedarf.

Fällt man durch die Maschen dieser sozialversicherungsrechtlichen Regelungen, so soll einen das sogenannte "zweite soziale Netz" auffangen. Dessen Ursprünge liegen in der Armenfürsorgepolitik des 19. Jahrhunderts. Es trägt allerdings auch die mörderischen Spuren der nationalsozialistischen Fürsorgebestimmungen in sich, und es erscheint kein Zufall, daß erst zu Beginn der siebziger Jahre neue, wenn auch nicht viel weniger repressive Sozialhilfe- und Behindertengesetze auf der Ebene der Bundesländer erlassen wurde.

Die Tatsache, daß die Höhe des Sozialhilfesatzes sowie die Ausgestaltung der Pflegegelder von den Bundesländern festgelegt wird, ist in Österreich Quelle weiterer Ungleichbehandlungen - so gibt es etwa im Burgenland nur eine Stufe des Pflegegeldes in der Höhe von rund 2.500,- Schilling, in Vorarlberg hingegen drei Stufen von 2.200,- bis 4.400,- Schilling (in diesem Bundesland ist - ebenso wie in Salzburg - eine Erhöhung der Pflegezuschüsse geplant).

Gleichzeitig läuft nun schon seit drei Jahrzehnten ein Modell, das für viele Behinderte erfolgreich dazu beigetragen hat, daß sie nicht in Pflegeanstalten eingewiesen werden mußten und daß sie nicht

aufgrund Ihrer pflegebedingten zusätzlichen Aufwendungen in die Armut abgedrängt wurden. Das bundes einheitliche Modell mit dem unsäglichen Namen Kriegsopferversorgungsgesetz (KOVG) erfaßt alle jene, die im Zusammenhang mit Kriegser eignissen eine Gesundheitsschädigung erlitten haben. Es wurde aber auch im Opferfürsorgegesetz, im Heeresversorgungsgesetz und im Verbrechensopfergesetz übernommen. Neben der gewährten Existenzsicherung des Betroffenen und seiner Angehörigen ist hier vor allem die finanzielle Versorgung bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit in relativ großzügiger Weise gelöst. Die Pflegezulage wird in sechs Kategorien, die eine Abstufung der Unterstützungsleistungen je nach Pflegebedarf gewährleisten, von 5.800,- bis 23.100,- Schilling ausbezahlt.

3. Die Struktur sozialer Sicherung

Diese hier nur kurz skizzierte Differenzierung behinderter Menschen ließe sich in vielen Einzelheiten (z. B. Rehabilitation, Sachleistungen, etc.) vertiefen. Sie entspricht jedoch - und das klingt nun paradox - einer gewissen Logik. Einer Logik nämlich, die der von Sozialwissenschaftlern sogenannten lohnarbeitszentrierten Politik der sozialen Sicherung eigen ist.

In einer Gesellschaft, in der die eigene Existenz im wesentlichen durch Lohnarbeit gesichert werden soll, ist es logisch, daß die daraus resultierenden Risiken - Arbeitslosigkeit, Unfall, Krankheit, Alter - vorrangig durch entsprechende Leistungen kompensiert werden müssen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich daher die gesamtstaatlich organisierte Sozialversicherung. Dieses System von Unfall-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pensionsversicherung ist historisch gewachsen, indem jeweils neu auftretende soziale Probleme durch Maßnahmen der versicherungsrechtlichen Anstückelung politisch zu bewältigen versucht wurden.

Relativ abgekoppelt davon gewährt die schon erwähnte Armenfürsorge bzw. Sozialhilfe individuelle Hilfe in Notfällen oder bei dauernder Arbeitsunfähigkeit. In diesem "zweiten sozialen Netz", wie übrigen auch im ersten, werden allerdings verschiedene Mechanismen wirksam, die einen Mißbrauch des Systems unterbinden sollen.

Allerdings ist auch die mangelnde soziale Absicherung hilfsbedürftiger, behinderter Menschen eine Folge dieser Ausgrenzungsmechanismen. So trägt

z. B. das Versicherungsprinzip dazu bei, daß nur Versicherte auch wirklich Leistungen in Anspruch nehmen können. Gleichzeitig stellt das Äquivalenzprinzip sicher, daß jene, die mehr einzahlen können, auch mehr herausbekommen, d.h. wer schlecht verdient, ist wohlfahrtsstaatlich auch materiell schlecht versorgt. Das Subsidiaritätsprinzip in der Sozialhilfe wiederum schließt aus, daß die eigene Existenz ohne Arbeitsbereitschaft gewährleistet ist. Staatliche Hilfestellung in Notlagen ist zudem nachrangig gegenüber eigenem oder familiärem Vermögen bzw. Verpflichtungen von Dritten (z. B. Unterhaltspflicht).

Ohne hier näher darauf einzugehen, möchte ich in diesem Zusammenhang auf ein weiteres, verschleiertes, nichtsdestoweniger jedoch wesentliches Merkmal gegenwärtiger patriarchaler Sozialpolitik hinweisen: es ist dies die Zentralstellung der unbezahlten Familienarbeit, die zum überwiegenden Teil von Frauen geleistet wird. Ich komme darauf später zurück.

Zusammenfassend möchte ich hier zunächst einmal festhalten, daß das gegenwärtige System sozialer Sicherung von seiner Struktur her nicht dazu angeeignet ist, dem komplexen Problem der Hilfe und Pflege behinderter Menschen gerecht zu werden, und Voraussetzungen für ein menschwürdiges Leben unter den Bedingungen verbliebener und behinderter spezifischer Kompetenzen zu schaffen. Vor dem Hintergrund veränderter Arbeits- und Lebensweisen leiden darunter weiterhin alle Betroffenen: in erster Linie behinderte Menschen selbst, aber auch ihre Familienangehörigen und alle, die in sogenannten "helfenden Berufen" tätig sind.

4. Aktuelle Tendenzen in der österreichischen Sozialpolitik

Bei aller Kritik hatte bis Mitte der siebziger Jahre zumindest ein relativ breiter gesellschaftlicher Konsens darüber bestanden, daß der Ausbau des Wohlfahrtsstaates weiter voranzutreiben sei. Seit Beginn der achtziger Jahre hat sich dies auch in Österreich geändert.

Niedrigere Wachstumsraten, steigende Arbeitslosigkeit, stagnierende Löhne und anderes mehr führten zu einer Verringerung des budgetpolitischen Spielraums bei steigenden Defiziten des öffentlichen Haushalts und Finanzierungsproblemen der sozialen Sicherung. Gleichzeitig brachen strukturelle Defizite des Wohlfahrtsstaates auf, z. B. im

Bereich der Hilfe und Pflege, wo die sozialpolitische Leistung der Frauen in der Familie gerade zu jenem Zeitpunkt entdeckt wird, als sie durch steigende Scheidungsraten und Frauenerwerbsquoten plötzlich abgeht; aber auch in Form von Selbsthilfebewegungen, die den bürokratischen und institutionalisierten staatlichen Gesundheits- und Sozialleistungen entgegentreten.

Die politischen Antworten auf diese Herausforderungen setzten jedoch nicht an den offensichtlichen Defiziten an, im Gegenteil: Gesucht und gefunden wurden Einsparungsmöglichkeiten zur Budgetsanierung. Ich erinnere hier nur an die sogenannten Pensionsreformen 1985 und 1988, die Erhöhung der Rezeptgebühren und des Selbstbehalts bei Heilbehelfen, die Einführung eines Spitalskostenbeitrags für Patienten, die Besteuerung der Unfallrenten und - erst kürzlich - die Verschärfung der Bestimmungen zur Telefongebührenbefreiung.

Auch in der Sozialhilfe-Politik der Bundesländer wurde nach möglichen Einsparungen gefahndet - die strengere Handhabung der Regreßbestimmungen und Leistungskürzungen im Fall sogenannter selbstverschuldeter Notlage sowie eine Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose waren die Folge.

Diese Ausführungen sollen dazu dienen, Ihnen die Rahmenbedingungen derzeitiger Sozialpolitik, d.h. auch derzeitiger Behindertenpolitik, auf die ich im folgenden eingehen werde, vor Augen zu führen: Die aktuelle staatliche Sozialpolitik ist nicht nur nicht bereit, auf bestehende Defizite einzugehen, sie verlagert im Gegenteil den Problemdruck auf den Einzelnen und scheint eine Entwicklung in Kauf zu nehmen, die bestehende Ungleichheiten verstärkt bzw. in die vielzitierte Zweidrittelgesellschaft führt.

5. Jüngere Entwicklungen

Entgegen diesem düsteren Szenario sind allerdings einige jüngere Entwicklungen in der politischen Öffentlichkeit hervorzuheben, welche die politischen Entscheidungsträger unter Zugzwang setzen. Nachdem es jahrelang verabsäumt wurde, politische Rahmenbedingungen für eine integrierte sozial-medizinische Versorgung zu schaffen, die den gesellschaftlichen Veränderungen gerecht zu werden vermag, herrscht nun scheinbar eine Geschäf-

tigkeit, denn die Opfer der Nicht-Entscheidungs-Politik haben begonnen, sich zur Wehr zu setzen. Schon 1987 hatte eine Petition des österreichischen Zivilinvalidenverbandes den Nationalrat auf die Ungleichbehandlung behinderter Menschen hingewiesen. Gefordert wurde ein bundesweit einheitliches Pflegegeldgesetz, welches sich an den bestehenden Leistungen für Kriegsoffer orientieren sollte. Nachdem die Behandlung dieser Petition von den Vertretern der Koalitionsregierung so lang als möglich aufgeschoben worden war, kam es letztlich doch noch zu einer parlamentarischen EntschlieÙung, in der die Bundesregierung ersucht wurde, eine Arbeitsgruppe beim Sozialminister einzurichten. Diese Arbeitsgruppe sollte einerseits Umfang und Art des künftigen Pflegebedarfs feststellen, andererseits alternative Leistungssysteme sowie Möglichkeiten einer Pflegeversicherung erarbeiten, aber auch Alternativen zu den bestehenden Heimstrukturen suchen. Die Arbeitsgruppe tagt nun schon seit November 1988 in unregelmäßigen Abständen. Die Verhandlungen gestalten sich schleppend und konkrete Entscheidungen lassen auf sich warten. Zudem hat die Arbeitsgruppe bestenfalls beratenden Charakter.

Was sich dabei zeigt, ist einmal mehr, daß Politik für behinderte Menschen im gegenwärtigen System sozialer Sicherung keinen Platz hat.

Hilfe und Pflege werden darin nämlich entweder der medizinisch-technischen, professionalisierten Arbeit zugeordnet oder den engen Formen der familiären Selbsthilfe. Dahinter steckt einerseits die Ideologie einer Leistungsgesellschaft, die jede Abweichung von einer vorgestellten "Normalität" als Krankheit definiert und alle Kranken - das sind dann eben auch die Behinderten - in die passive Rolle der Empfänger von Hilfe, Pflege, Schutz und Betreuung zwingt. Andererseits steckt dahinter der als "glücklicher Fund" das Industrialismus bezeichnete Tatbestand, daß der Familie, d.h. vorwiegend den Frauen, die Funktion übertragen wurde, "für Ihre Lieben zu sorgen".

Diese Defizite und ideologischen Konstrukte brechen nun an mehreren Stellen auf und führen zu Fragen, die wir in den folgenden Diskussionen und in den morgigen Arbeitsgruppen behandeln sollten.

* Indem Frauen verstärkt auf den Arbeitsmarkt als Mittel zur Existenzsicherung verwiesen sind und die Ehe eine zunehmend instabile Lebensform darstellt,

sind viele Frauen nun nicht mehr nur doppelt und dreifach belastet - sie "fehlen" auch an jenen Punkten gesellschaftlichen Zusammenlebens, die jetzt als Felder notwendiger gesellschaftlicher Arbeit erkannt werden.

Wer soll nun diese Arbeit leisten? Wie kann diese Arbeit gestaltet werden? Ist der Bereich der Hilfe und Pflege geeignet, neue Arbeitsplätze zu schaffen? Wie paßt das Konzept der "Persönlichen Assistenz" in das vorhandene System sozialer Sicherung? Welche Aufgaben kann, soll und darf "Persönliche Assistenz" erfüllen?

* Nicht erst seit den Morden in Lanz wird Hilfs- und Pflegebedürftigkeit vorwiegend mit älteren Menschen in Verbindung gebracht. Und es vergeht kein Jahr, in dem nicht neue Hochrechnungen über die Zahl der hilfs- und pflegebedürftigen "alten Alten" im Jahr 2030 erscheinen. Altern allein bedeutet jedoch nicht unbedingt, hilfsbedürftig zu werden. Und selbst wenn, dann gilt es zu fragen, wie das Potential an "Hilfe zur Selbsthilfe", an präventiver Hilfe etc. gefördert werden kann? In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der Relevanz des Konzepts "Persönliche Assistenz" für alte Menschen? Und schließlich: Gibt es gemeinsame Interessen zwischen jenen, die altersbedingt behindert sind und den sogenannten jungen Behinderten? Wenn ja, dann muß - vor dem Hintergrund der Gründung von "grauen" Parteien - nach Möglichkeiten gesucht werden, wie diese Interessen in einer großen politischen Allianz vereinigt und umgesetzt werden können?

* Die Zahl der ambulanten Hilfsdienste, aber auch jene der stationären Einrichtungen steigt zwar weiter, dennoch ist absehbar, daß professionalisierte Dienste allein dem vor allem qualitativen Hilfsnotstand nicht gerecht zu werden vermögen. Der Aufstand der Betreuten im engeren Sinne läßt zwar noch auf sich warten, weil es immer noch gelingt, die Probleme nach dem Prinzip des "teile und herrsche" auf die einzelnen abzuwälzen, aber die Frage nach neuen Formen von Arbeit und Arbeitsteilung im Bereich der Hilfe und Pflege und vor allem die nach Möglichkeiten weitestgehender Selbstbestimmung muß heute schon diskutiert werden.

Eines ist jedenfalls klar: Konzepte, die - meist unter dem Aspekt der Kostenminimierung - entweder "mehr Staat" oder "mehr Privat" - ich erspare mir die

Kritik an den sogenannten "Neuen Wegen der Sozialpolitik" - im Bereich der Hilfe und Pflege fordern, greifen zu kurz, weil sie die Selbstbestimmung behinderter Menschen, ihre Kontrolle über die Hilfsdienste und wirkliche Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Hilfsformen zu wenig berücksichtigen.

Literatur

- A. Evers: Weder um Gottes Lohn, noch um der Beschäftigung willen. Plädoyer für eine Zukunft der Arbeit bei Hilfe, Pflege und Pflegediensten, In: M. Opielka/I. Ostner, Hg.: Umbau des Sozialstaates. Essen 1987, S. 330-347
- H. Fröhe: Selbstbestimmung trotz Pflegebedürftigkeit, In: siehe oben
- M. Helnemann-Knoch/E. Kardoff: Sozialpolitische Aspekte der Pflegebedürftigkeit, In: B. Riedmüller/M. Rodenstein, Hg.: Wie sicher ist die soziale Sicherung? Frankfurt/Main 1989, S. 182 - 212
- K. Leichsenring/G. Tschertou: Möglichkeiten und Kosten einer Vereinheitlichung öffentlicher Transferzahlungen an pflegebedürftige Menschen in Österreich. Wien 1988
- M. Oetl/E. Antalovsky/R. Bauböck/E. Talos: Sozialstaat und private Wohlfahrt in Österreich. Zum Verhältnis von staatlicher Politik und intermedialer Sektor in den sozialen Diensten. Wien 1988
- G. Vobruba: Arbeiten und Essen. Die Logik im Wandel des Verhältnisses von gesellschaftlicher Arbeit und existentieller Sicherung im Kapitalismus, In: S. Leibfried/F. Tennstedt, Hg.: Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaates. Frankfurt/M. 1985, S. 41-63



"BESUDERN 4"

DIE SITUATION BEHINDERTER MENSCHEN IN ÖSTERREICH

von Manfred Srb

Die Situation von behinderten Menschen in diesem Lande ist gekennzeichnet von Aussonderung, Sonderbehandlung, Abschleppen und Diskriminierung.

Unsere Bürgerrechte, unsere Menschenrechte werden uns tagtäglich - ohne daß nur irgendjemand davon Notiz nimmt - vorenthalten!

Unser Land hat in vielen Bereichen den Standard eines Entwicklungslandes: wir werden nach wie vor durch zu hohe Gehsteigkanten und durch zahlreiche Stufen in öffentlichen Gebäuden daran gehindert, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Wir "dürfen" die Defizite der öffentlichen Verkehrsmittel zwar durch unser Steueraufkommen brav mitfinanzieren, können sie aber wegen ihrer nicht menschengerechten Bauweise nicht benutzen.

Nach wie vor können viele Eltern ihr behindertes Kind nicht in eine Regelschulklasse schicken, weil eine verknöcherte Schulbürokratie dies zu verhindern weiß.

Die Ausbildung behinderter Menschen findet nach wie vor in Sondereinrichtungen statt - und dort nur in einem sehr eingeschränkten Spektrum - und behinderte Menschen mit Matura sind noch immer eine Seltenheit.

Es gibt mehr als 21.000 behinderte Menschen, die ohne Arbeit sind - aber die Privatwirtschaft und auch die öffentliche Hand kommt ihrer Einstellungspflicht nicht nach und kauft sich lieber von ihrer gesetzlichen Verpflichtung frei. Per 1. März d.J. waren allein im Bereich des Bundes 3.130 sogenannte Pflichtplätze nicht besetzt; bei den Ländern liegt seit vielen Jahren Wien unangefochten an erster Stelle der Negativliste - im Jahre 1987 waren hier 776 offene Pflichtplätze nicht besetzt.

Diese Tatsache allein stellt in meinen Augen einen riesengroßen politischen Skandal dar und zeigt einmal mehr, was von Hochglanzbroschüren und den Sonntagsreden der politischen Verantwortlichen zu halten ist!

Anstatt ausreichende Mittel für die Bezahlung der notwendigen Hilfe zu Hause bereitzustellen schieben die zuständigen Kostenträger behinderte Menschen lieber in Helme ab und sind bereit, die exorbitanten Kosten von monatlich 20 bis zu 70.000,- Schilling zu bezahlen.

In diesen Helmen, wo Menschenrechtsverletzungen am laufenden Band passieren, müssen nach wie vor an die 40.000 behinderte Menschen dahinvegetieren. Alleim im Alters- und Pflegeheim Lanz müssen Dutzende junge behinderte Menschen inmitten von alten Menschen schlechend ihr Leben verbringen.

Und neuerdings ist es sogar wieder möglich, öffentlich darüber zu diskutieren, ob man behinderte Kinder nicht gleich besser umbringen sollte. Der "ZEIT"-Geist, der diesmal aus Hamburg herüberwehte und der von der in Bedrängnis geratenen Club-2-Redaktion begierig aufgenommen wurde, hat's möglich gemacht. Während in der BRD Singers Auftritte - bis auf eine Ausnahme - von der Krüppelbewegung verhindert werden konnten, war der Club-2-Verantwortliche der Meinung, daß es sich hier um eine "gesellschaftspolitisch anstehende Diskussion" handelt und andere Journalisten meinten, man müsse über alles reden können! Behinderte Menschen werden befürsorgt, betreut und verwaltet - aber gerade deswegen auch nicht ernst genommen!

Wir sind Bürger 2. Klasse!

Nichtbehinderte sagen uns, was gut für uns ist und für das alles verlangen sie bloß ein wenig Dankbarkeit von uns. Es wird ja auch wirklich alles für uns getan: es gibt den Sonnenzug, eine Krankenweilhe, eine Behindertenwallfahrt, die Aktion "Licht ins Dunkel" und noch etliche andere Scheußlichkeiten dieses Kalibers.

Es gibt zwar da und dort soziale Dienste, diese richten sich aber mit ihren Angeboten nicht nach unseren Bedürfnissen, vielmehr wird von uns erwartet, daß wir uns nach deren äußerst eingeschränkten Angeboten richten müssen; aber das wird von den Nichtbetroffenen als ganz "normal" angesehen. Wir sind ständig auf das Wohlwollen der anderen angewiesen, weil wir nicht über die Mittel verfügen, um die notwendige Hilfe bezahlen zu können!

Als wäre das alles nicht schon schlimm genug, sind wir in den letzten Jahren auch noch zum Opfer der Sparpolitik dieser Bundesregierung geworden: Ich erinnere hier nur an die von den beiden Regierungsparteien brutal und gegen alle Proteste der Betroffenen und der GRÜNEN durchgezogene Besteuerung der Unfallrenten, die Einführung des sinnlosen Spitalskostenbeitrages oder die Verschlechterungen im Rahmen der letzten ASVG-Novellen.

Wir sind zu wehrlosen Objekten der sogenannten Budgetkonsolidierung und des Sozialabbaues geworden.

Ein weiteres Beispiel, wie mit unseren berechtigten Forderungen umgegangen wird, ist deutlich am Umgang mit einer Petition des Österreichischen Zivilinvalidenverbandes abzulesen, die von mehr als 60.000 Betroffenen unterschrieben worden ist und in der die Gleichbehandlung der sogenannten Zivilinvaliden mit den Kriegssopfern im Bereich der Pflegegelder gefordert wird.

Wohl die Abgeordneten der beiden Koalitionsparteien keinerlei Interesse zeigten, diese Petition im zuständigen Sozialausschuß zu behandeln, ist diese verfallen und mußte von mir abermals im Nationalrat eingebracht werden. Es hat zahlreicher weiterer Interventionen von mir bedurft, damit die Petition einen Tag(t) vor dem erneuten Auslaufen im Ausschuß behandelt wurde und einer von uns gleichfalls geforderten Arbeitsgruppe beim BM für Arbeit und Soziales zugewiesen wurde. Wer aber jetzt glaubt, daß es nach diesen verlorenen eineinhalb Jahren schneller vorangeht, der irrt gewaltig:

Diese Arbeitsgruppe tagt bereits auch wieder beinahe ein Jahr, und es sind keinerlei Anzeichen für eine Erfüllung unserer Forderungen zu erkennen.

Ich frage mich, wie lange man unsere Geduld noch mißbrauchen will?

Damit muß nun endgültig Schluß gemacht werden! Wir müssen endlich um die uns vorenthaltenen Rechte kämpfen!

Das, was mein Freund Adolf Ratzka aus Schweden den "Aufstand der Betreuten" nennt, ist fällig. Wir müssen endlich zu einem politischen Faktor werden!

Wir haben ein Recht auf die gleichen Lebensbedingungen wie nichtbehinderte Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben!

Selbstbestimmtes Leben bedeutet, daß wir selbst die Verantwortung und die Kontrolle über unser Leben übernehmen;

daß wir unsere Probleme selbst definieren und nach Lösungen, die unseren Bedürfnissen entsprechen, suchen.

Wir selbst wissen am besten, was wir brauchen - wir sind "Experten in eigener Sache".

Einen Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben stellt das dar, was mit dem Begriff "Persönliche Assistenz" umschrieben wird: Damit ist ein System gemeint, bei dem behinderte Menschen aus ihren persönlichen Bedürfnissen heraus die

- * Art und den Umfang der persönlichen Hilfe selbst bestimmen,
- * selbst entscheiden, wen sie als Assistenz einsetzen
- * welche Arbeiten wann und wie gemacht werden,
- * diese Leistungen selbst kontrollieren und
- * sie auch selbst bezahlen.

Das bedeutet jedoch auch, daß endlich ein Rechtsanspruch auf eine ausreichende Direktorierung der Betroffenen geschaffen wird

- * das bedeutet auch, daß wir die freie Wahl über die Verwendung der Geldmittel haben müssen
- * das bedeutet, daß es keine Einkommensgrenzen für die Zuteilung der Mittel geben darf.

Diese, sowie auch andere behinderungsbedingte Mehraufwendungen dürfen nicht auf das Einkommen angerechnet werden! Alles andere stellt eine Diskriminierung behinderter Menschen dar!

Wir schließen mit diesem Kongreß an einen anderen Kongreß, der in diesem Frühjahr in Straßburg stattgefunden hat und bei dem schwerbehinderte, auf persönliche Assistenz angewiesene Teilnehmer aus 14 Nationen die Einführung von Persönlichen Assistenzdiensten gefordert haben.

Wir möchten mit diesem Kongreß die Möglichkeit schaffen, daß alle Betroffenen, alle in diesem Bereich Arbeitenden, alle Interessierten mit diesen Gedankengängen und Forderungen konfrontiert werden und sich eingehend damit auseinandersetzen können.

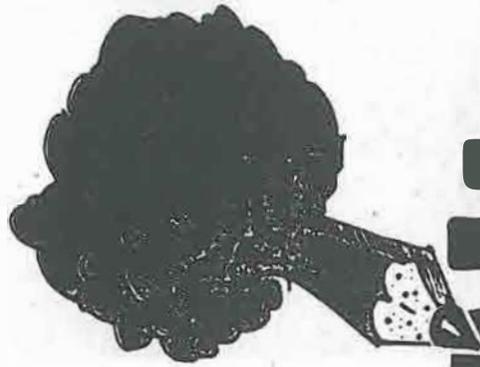
Wir möchten erreichen, daß in diesem Lande ein Klima geschaffen wird, in dem das Recht behinderter Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben endlich realisiert werden kann!

Sozialstaat

Osterreich

heißt noch immer:

Ab in's Heim!



daher **GRÜNE**

Alternativen

Manfred Srb, Parlament, 1017 Wien
anrufen. schreiben. hinkommen!

FORDERUNGEN DES "MOBILEN HILFSDIENST INNSBRUCK"

- ▶ Einführung eines Bundespflegegesetzes, durch das jedem Betroffenen nach dem Bedarf (mindestens entsprechend der Höhe der KOVG-Pflegegelder) ausreichende Pflegegelder direkt ausbezahlt werden.
- ▶ Im gleichen Gesetz müssen Standards für ambulante Dienste und Pflegeeinrichtungen festgelegt und deren Grundfinanzierung abgesichert werden.
- ▶ Grundprinzip ist, daß die auf Hilfen angewiesene Person die freie Wahl der helfenden Personen und der Hilfs-Einrichtungen hat.
- ▶ Untersagung der Neuaufnahmen von pflegebedürftigen Personen in große Pflegeheime.
- ▶ Stopp des Ausbaus von großen stationären Pflegeeinrichtungen (mit mehr als 5 Plätzen).
- ▶ Ausbau der ambulanten Dienste entsprechend dem Bedarf. Hilfeleistungen zu allen Zeiten, also auch Nachtzeiten, Wochenden, Feiertagen, Ferienzeiten usw. (bis zu 24 Stunden pro Tag).
- ▶ Fixe Einplanung von den notwendigen Budgetposten für Sockelsubventionen für ambulante Einrichtungen durch vertragliche Fixierung.
- ▶ Errichtung von stationären Pflegeeinrichtungen nur in Form von Wohngruppenpflege (für jeweils max. 5 Personen) und erst nachdem die Möglichkeiten ambulanter Einrichtungen voll ausgeschöpft sind.
- ▶ Kein Abschieben von sozialen Aufgaben auf private Einrichtungen und ehrenamtliche Arbeit,- eine klare Absage an ein Sozial- und Gesundheitssprengelkonzept, das auf ehrenamtliche und unbezahlte Hilfen baut.
- ▶ Änderung der Bauordnung der Länder, damit alle Wohnungen nach einem bestimmten Standard behindertengerecht gebaut werden müssen. Wo Gemeinden, Stadt, Land oder Bund als Bauherrn auftreten, ist zumindest entsprechend der ÖNORM B 1600 behindertengerecht zu bauen. Alle öffentlichen Bauten und Verkehrsmittel sind entsprechend zu adaptieren.



Foto: Klaudia Karoliny

DER AMBULANTE HILFSDIENST

von Uwe Frehse

Die Idee des ambulanten Helferdienstes durch die Vereinigung Integrations Förderung (VIF) wurde in den Jahren 1977 und 1978 in der Stiftung Pfennigparade mit dem damaligen Heimleiter August Rüggeberg, den Internatsbewohnern und anderen behinderten Personen, die aus der Sondereinrichtung ausziehen wollten, Mitarbeitern der Pfennigparade und Freunden entwickelt. Der Helferdienst begann seine Arbeit im September 1978 mit Zivildienstleistenden (ZDL) und Helfern des freiwilligen sozialen Jahres (FSJ).

Dieser erste größere und effektive Hilfsdienst in der BRD ermöglichte es, dem Hilfesuchenden, einen Helfer in der Schule, beim Studium und am Arbeitsplatz einzusetzen. ZDL und FSJ wurden ebenfalls für die Anteilnahme am Leben der Gemeinde bereitgestellt. Allgemein kommen Helfer für behinderte und alte Personen in Frage, die eine persönliche Hilfestellung bei der täglichen Körperpflege, beim An- und Ausziehen und bei der Haushaltsführung benötigen.

Die individuelle Hilfestellung ermöglicht es z.B. einem schwerbehinderten Rechtsanwalt, seine selbstständig geführte Kanzlei aufrecht zu erhalten. Studenten wird eine Studienbegleitung gestellt, wenn sie Schwierigkeiten mit der Mobilität, den hochschulinternen Treppen oder beim Mitschreiben haben. Ein geistigbehinderter Junge kann unabhängig von den Eltern außer Haus gehen, um mit "seinem" Helfer auf den Spielplatz oder in den Zoo zu gehen.

Die maßgeblichen Leitideen solcher ambulanter Dienste prägen den Helferdienst und die spätere Arbeit. Im folgenden möchte ich diese Anhaltspunkte kurz erwähnen:

1. Hilfen für behinderte Menschen unabhängig von Ursache, Art und Ausmaß der Behinderung
2. Vermeidung von Ausgliederung in stationäre Einrichtungen oder private Abhängigkeitsverhältnisse
3. Personelle Hilfe für die individuelle Lebenssituation, je nach Behinderungsausmaß in Familie, Freizeit, Ausbildung und Beruf
4. Hilfen zur selbständigen, selbstbestimmten und selbstverantwortlichen Lebensführung
5. Größtmögliche Entscheidungsbeteiligung der Hilfeempfänger in dem ambulanten Dienst, aber auch in anderen Einrichtungen für Behinderte

6. Keine professionell ausgebildeten Pflegekräfte in der ambulanten Hilfestellung
7. Verbreitung von Erfahrungen im sozialpolitischen Sinne
8. Laufende Fortentwicklung der Hilfen, Projekte und Methoden

Zusammenfassend könnte man sagen: Hilfen zu Integration im regulären Lebensprozeß mit offener Behindertenarbeit, bedarfsorientierte und gemeindeferna Hilfen. Durch die individuell eingesetzten Helfer konnten 1980 in der VIF prozentual in den gesamten geleisteten Einsatzstunden der Hilfesuchenden ca. 6 % einer Ausbildung nachgehen und ca. 12 % Helfer für den Arbeitsplatz bekommen. Ungefähr 19 % aller Hilfeempfänger benutzen ihre ZDL und FSJ, um allgemein die Freizeit gestalten zu können und um am kulturellen Leben der Gemeinde teilzunehmen. Überwiegend wurden die Helfer aber im familiären und im häuslichen Bereich benötigt.

Probleme des Hilfsdienstes

Obwohl die selbstorganisierten ambulanten Dienste sich als Alternative zum Heim verstanden, waren sie faktisch nur ein ergänzendes Hilfsangebot, vor allem für jüngere, aktive Körperbehinderte mit einem relativ großen täglichen Hilfebedarf.

Organisationsbedingte Begrenzung

Aufgrund der vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Helfern mußte innerhalb von 2 Jahren der Hilfsdienst in der VIF auf 50 ZDL und FSJ erweitert werden. August Rüggeberg konnte in einer empirischen Untersuchung feststellen, daß der Hilfebedarf der Hilfeempfänger rund dreimal so hoch ist, als bei anderen 909 untersuchten Hilfsdiensten der BRD. Dabei wurde ein durchschnittlicher Hilfebedarf von 20 Stunden pro Woche festgestellt.

Mit diesen 50 "festangestellten Helfern" des freiwilligen sozialen Jahres und den Zivildienstleistenden kam der VIF-Innendienst, mit den im Büro tätigen Sozialarbeitern, sehr schnell an die Grenze des organisatorisch Machbaren. 1986 waren es schon 80 ZDLer und 9 Hauptamtliche im Innendienst. Der bis 1985 amtierende VIF-Vorstand, mit August Rüggeberg, sah es nicht im Einklang mit den grundsätzlichen Zielsetzungen der VIF, diesen Hilfsdienst "bis ins Unendliche" mit FSJ und ZDL auszuweiten. Daher sollte eine vom Verein unabhängige Lebensführung für behinderte Menschen

entwickelt werden.

Der Einsatz von Zivildienstleistenden

*Dabei ist zu bedenken, daß hier Helfer zum Einsatz kommen, die diese Arbeit nicht aus freien Stücken sondern als geringeres Übel gewählt haben. Bei Arbeitskräften, die unterbezahlt werden wie ZDLer, dürften auch oft Erwartungen an Belohnung anderer Art mitspielen, z.B. ein Anspruch auf Dankbarkeit oder die Vorstellung, sein pädagogisches Talent beweisen und einen Behinderten auf Vordermann bringen zu können. Ähnlich wie bei ehrenamtlichen Helfern bieten solche Motive keine gesunde Grundlage für eine gute Arbeit. Es versteht sich von selbst, daß ich von jemandem, dem ich einen angemessenen Lohn bezahle, eher Qualität und Respekt abverlangen kann als von jemandem, dem ich mich zu Dankbarkeit verpflichtet fühlen muß.

Zu den prägenden Problemen gehören:

1. begrenzte Dienstzeit des ZDL, was ein kontinuierliches Arbeitsverhältnis verhindert.
2. Der Behinderte muß sich periodisch an neue Helfer mit deren Persönlichkeitsstrukturen gewöhnen.
3. Es ergibt sich ein zunehmender Altersunterschied zwischen ZDL und Behinderten und
4. es können nur männliche Helfer zum Einsatz kommen.

Zivildienstleistende, Helfer des freiwilligen sozialen Jahres und ehrenamtlich Tätige verdrängen den Arbeitsmarkt für die freie Wahl von Arbeitskräften, weil ihre Existenz eine marktgerechte Lohnentwicklung bremst und unter Umständen zu ständigem Unterangebot an freien Helfern führt.

Das Prinzip der Assistenzvermittlung

Spätestens ab dem VIF-Kongreß 1982 waren sich Mitarbeiter und Vorstand darüber einig, daß die Probleme, welche für die Organisation mit ZDL und FSJ entstehen, durch die Helfervermittlung nach dem Vorbild des "Center for Independent Living" in Berkeley, USA, gelöst werden sollte. Während der VIF-Hilfsdienst zu diesem Zeitpunkt bei 58.000 Einsatzstunden im Jahr stagnierte, konnten 1982 durch die Helfervermittlung in München schon in den ersten 7 Monaten etwa 80.000 Einsatzstunden pro Jahr abgedeckt werden. Das Prinzip dieser As-

sistenzvermittlung hatte sich als wesentlicher Erfolg bewiesen.

Die Assistenzvermittlung ist ein spezifisches Prinzip der Hilfen zum selbstbestimmten Leben. Dabei soll grundsätzlich eine Abhängigkeit zwischen Hilfeempfängern und einer Organisation vermieden werden. Der Hilfesuchende soll vielmehr die Fertigkeiten erlangen können, um die Organisation mit ihren Service-Einrichtungen sowie auch andere Ressourcen der Gemeinde als Hilfsmittel zu benutzen - als Voraussetzung selbstverantwortlich zu leben.

Assistenzvermittlung im Sinne des selbstbestimmten Lebens für Behinderte heißt, daß der Assistent keine schriftliche Vereinbarung über seine Assistenzleistung mit der Organisation hat, die ihn vermittelt. Im Unterschied dazu ist es, wenn Betreuer schriftlich an eine Dienststelle gebunden sind, von dieser zentralistisch koordiniert und bezahlt werden.

Wir sprechen bei dieser Assistenzvermittlung auch von freien Helfern. In der Regel sind dies Lohnhelfer. Der Hilfesuchende selbst wird zum Arbeitgeber und der Helfer zum Arbeitnehmer. Körperbehinderte benötigen daher keine Betreuung, sondern erkaufen sich durch den Arbeitgeberstatus die personelle Hilfestellung zur Bewältigung der Alltagsbedürfnisse.

Entscheidend für die Bestimmung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerverhältnisse ist die faktische Entscheidungsmacht in der Gestaltung der persönlichen Assistenz. Für ein selbstbestimmtes Leben müssen behinderte Personen über folgende Kompetenzen verfügen:

1. Finanzkompetenz, um den Einsatz und die Verwendung der finanziellen Mittel zu steuern.
2. Organisationskompetenz, um Art, Form, Zeitpunkt und Einsatzplan zu bestimmen.
3. Personalkompetenz, um die Auswahl der Helfer wahrnehmen zu können.
4. Anleitungskompetenz, um durch die Abhängigkeit nicht zum Betreuten oder Objekt der Hilfe zu werden, sondern als Subjekt darüber verfügen zu können.

Damit ist festgelegt, wer über Form, Ausmaß und Dauer der Hilfe bestimmt. Die behinderten Personen sind nicht gezwungen, sich an Angebote der Hilfsdienste anzupassen, sondern sie können ihre

Assistenz nach ihren Bedürfnissen ausrichten.

Ein Zentrum für selbstbestimmtes Leben ist in den meisten Fällen jedoch die Anlaufstelle der Bewerber, die als Assistenten arbeiten wollen. Nach strengen Auswahlkriterien, vielleicht mit schriftlichem Test und einem Interviewgespräch sollten die Bewerber gefunden werden und nur die geeigneten Bewerber in einer Kartei gehalten werden.

Das eigentliche ausschlaggebende Interviewgespräch und die Einarbeitung des neuen Assistenten übernimmt in der Regel der Behinderte selbst. In einzelnen seltenen Bedarfsfällen werden die Bewerber auf die praktische Tätigkeit vorbereitet. Dabei können die Hilfesuchenden entweder in der Organisation anrufen oder sich persönlich an der Kartei bedienen, um Telefonnummern von Assistenzbewerbern zu erfahren. Auch können z.B. die Karteikarten der Assistenzbewerber mit den Nummern des Wahlbezirkes einer Stadt versehen werden, wo der Bewerber seinen Wohnsitz hat. Somit können Assistenten vermittelt werden, die in unmittelbarer Nachbarschaft der Hilfesuchenden wohnen.

Auf den Karteikarten kann außerdem vermerkt werden, ob der Assistent zu seiner Zufriedenheit ausgelastet ist, oder ob er noch an weiteren Tätigkeiten interessiert ist. So ergibt sich die Konstellation, daß ein Assistent in seiner Nachbarschaft für zwei bis drei Behinderte arbeitet, wenig Zeitverluste durch Anfahrten hat und der Behinderte trotz seiner wenig zeitintensiven Anstellungsmöglichkeit einen Assistenten findet.

Solche mit geringem Zeitaufwand verbundene Einsätze können nur von dezentral organisierten Einheiten sichergestellt werden. Im Unterschied dazu ist es für einen zentralistisch funktionierenden ambulanten Hilfsdienst meistens ineffektiv und sehr zeitaufwendig, wenn die Betreuer für zwei Einsatzstunden zu einem Hilfeempfänger geschickt werden müssen. In der Regel kommen dann noch ein bis zwei Stunden für An- und Abfahrt hinzu.

Nach wie vor ist es nur in Berlin und München üblich, daß der überwiegende Teil der ambulanten personellen Hilfestellungen nicht von Zivildienstleistenden, sondern von Assistenten geleistet wird. Solange es kostengünstige, vom Bundesamt für Zivildienst mitfinanzierte ZDLer gibt, können zentral koordinierte, ambulante Dienste Einsätze mit niedriger Stundenzahl sicherstellen. Dies ist bei Pflege-

kräften, die mit Tarifverträgen bei Organisationen angestellt sind, nur mit einem erheblich höheren Stundensatz möglich, da eine hohe Auslastung der Pflegekraft wirtschaftlicher ist.

Eine flächendeckende ambulante Hilfe kann also kostengünstig funktionieren, wenn der Service dezentral organisiert wird. In München wird an die Assistenten derzeit ein Stundensatz von DM 10,- gezahlt. Ein Kurzzeiteinsatz eines Assistenten ist günstig, wenn der Assistent keine langen Anfahrten hat und die Koordinierung zwischen Assistent und Behinderten selbst abgewickelt wird.

Von der Assistenzvermittlung zum Assistenzmanagement

Nun kann man sich leicht vorstellen, daß eine beachtliche Anzahl von Behinderten mit der Rolle des Arbeitgebers und der damit verbundenen Personalführung Schwierigkeiten haben. Vor allem diejenigen Behinderten, die zuvor jahrelang in Sondereinrichtungen lebten oder von Angehörigen überbehütet worden sind.

So haben manche Probleme mit der Absicherung von Dienstplänen, ihrer Rechte und Pflichten als Arbeitgeber und in der Beschaffung der Finanzierungsmittel für die selbstangestellten Assistenten. Außerdem existieren häufig Probleme beim Durchsetzungsvermögen gegenüber den Behörden mangels Wissen über die Sozialgesetzgebung für Behinderte (vgl. § 69 BMSG) und zu niedriges Selbstvertrauen. Ein erhebliches Problem stellt sich für viele beim Schriftverkehr mit den Behörden (vgl. Verwaltungsakt, Antrag, Widerspruchsfrist, Belege usw.). Viele Behinderte verfügten auch nicht über geeignete Fertigkeiten und erforderliche technische Hilfsmittel, die ihnen so manche Einsatzstunde des Assistenten wesentlich erleichtern könnten.

Aus diesem Grunde entwickelten die Zentren für Selbstbestimmtes Leben in den USA sogenannte Assistenzmanagement-Schulungen. Meistens wird dieses Fertigkeitstraining im Programm des Peer Counseling angeboten. Dabei werden vier Zielsetzungen verfolgt:

Es gilt

1. die Kommunikation zwischen dem behinderten Arbeitgeber und dem Assistenten zu verbessern
2. größtmögliche Effektivität während der Arbeits-

zeit zu erreichen

3. die Bedürfnisse des Behinderten und des Assistenten abzudecken und

4. den Alltag durch Strukturen zu vereinfachen.

Schlußbemerkung

Die Effektivität und die Notwendigkeit solcher, meist erst befähigender Schulungen wird in der BRD völlig unterschätzt. Vielmehr werden die Fähigkeiten über Handhabung der Finanzen, der Personalauswahl und der Personalführung sowie die Fähigkeit der Einarbeitung neuer Assistenten als gesunder Menschenverstand vorausgesetzt.

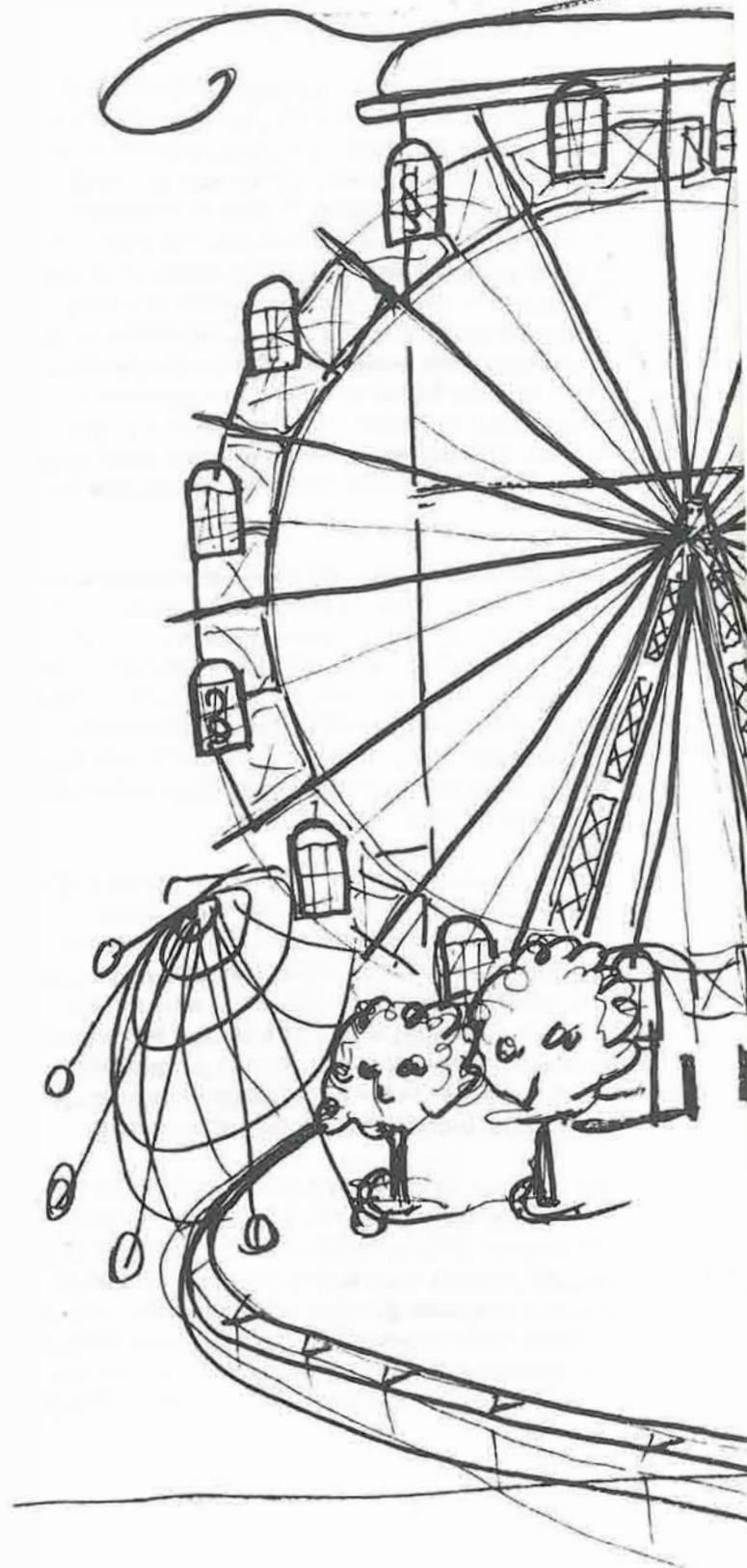
Das Verhältnis zu den Helfern stellen sich viele, die ihr Leben den Wünschen und Vorstellungen anderer anpassen mußten, lieber als eine Art Freundschaft vor. In der BRD konnte Dr. Adolf Ratzka diese Haltung vor allem bei jüngeren Menschen beobachten, die ZDLer beschäftigen:

"Das Arbeitgeber-Arbeitnehmerverhältnis braucht durchaus nicht gefühllos zu sein, hierfür ist die Beziehung viel zu privat. Jemand, der persönliche Assistenten effektiv einsetzen möchte, wird jedoch Prioritäten setzen und von seinen Assistenten in erster Linie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Zurückhaltung eigener Bedürfnisse, gute Arbeit und Respekt verlangen. In einem Freundschaftsverhältnis sind diese Qualitäten zwar möglich, aber nicht als Regel zu erwarten."

Ein weiteres Problem hat meines Erachtens mit der Angst vor Eigenverantwortung zu tun. Solange ein Freundschaftsverhältnis dem praktischen Ausgleich der Behinderung vor geht, kann Verantwortung gemeinsam getragen werden. Ist der Behinderte jedoch auf sich selbst angewiesen, handelt er eindeutig selbstbestimmt und muß die Verantwortung tragen.

Auffällig ist beim Vergleich der Assistenzverhältnisse in der BRD mit Kalifornien, daß Körperbehinderte mit Tetraplegie in den USA mit schätzungsweise bis zu einem Drittel an Assistenzeinsatzstunden zurecht kommen. Dabei werden in hohem Maße technische Hilfsmittel eingesetzt, um den Alltag bewältigen zu können. Natürlich führten zwingend zu dieser Situation die eingeschränkten Sozialleistungen, aber das Ergebnis führte auch dazu, daß sich diese Behinderten nicht betreuen lassen und nur sehr selten einen Stundenzuwachs von mehr als der Hälfte ihrer Einsatzstunden wünschen.

„Wien ist anders“



THESEN ZUR ASSISTENZGENOSSENSCHAFT

von Horst Frehe

A. Warum erzeugen Helme und ambulante Angebote ABHÄNGIGKEIT?

1. Nicht der Grad der körperlichen Einschränkung bestimmt das Ausmaß der Pflege-ABHÄNGIGKEIT, sondern die **MACHTVERHÄLTNISSE** zwischen Assistentin und AssistenznehmerIn definieren den Grad der Entmündigung oder Selbstbestimmung Behinderter in den Pflege/Assistenzverhältnissen.

2. **HEIMSTRUKTUREN** konzentrieren die Verfügungsmacht über den Alltag und den Körper der 'Insassen' als umfassende 'ZUSTÄNDIGKEIT' auf die Heimträger und deren Personal. Der ökonomische Zwang der **PFLEGESÄTZE** bewirkt, daß ein Ausscheren aus diesen Abhängigkeiten unmöglich wird.

3. **SELBSTORGANISIERTE AMBULANTE DIENSTE** wollten hierzu eine **ALTERNATIVE** sein, die ihren 'Kunden' ein Mitspracherecht über den Standard und die Ausgestaltung des Angebotes durch die Mitgliedschaft in der Trägerorganisation einräumen und Beratung über Rechte und Ansprüche organisieren. Damit sollten die Hilfen an die Bedürfnisse der Betroffenen angepaßt werden. Sie haben aber die **ABHÄNGIGKEITSSTRUKTUREN NICHT BESEITIGT**.

4. Obwohl die selbstorganisierten ambulanten Dienste sich als Alternative zum Heim verstanden, waren sie faktisch nur ein **ERGÄNZENDEN HILFSANGEBOT**, vor allem für jüngere, geistig fitte Körperbehinderte mit einem relativ großen täglichen Hilfebedarf. Der tatsächliche **ANGRIFF AUF DIE HEIMSTRUKTUREN BLIEB AUS**.

5. Die meisten Dienste stützen sich auf den Einsatz von **Zivildienstleistenden, Honorarkräften** und wenigen tariflich bezahlten und festangestellten Mitarbeitern. Ihre Existenz ist meist an diese Rolle eines **BILLIGANBIETERS** gekoppelt. Die **Stundensätze** decken in aller Regel keine sozialversicherte, versteuerte Pflege und erst recht nicht die anteiligen Regiekosten ab. Sie sind daher **KEINE UMFASSENDE ALTERNATIVE**.



Zeichnung: Roland Jantschko

6. Einige ambulante Dienste wurden sogar als **SOZIALSTATIONEN** anerkannt und übernahmen gegen eine Pauschalfinanzierung der Personal- und Sachkosten die 'Versorgung' einer Region. Sie übernahmen damit eine Organisationsstruktur, die als **REINE ANGEBOTSTRUKTUR** sich völlig von den Nachfragern abkoppelt und sich in den Fragen des Standards, Umfangs und der Organisation allein den Vorstellungen der Politik über eine angemessene Versorgung der 'Region' unterordnet.

7. Die Kritik an der stationären Versorgung in Helmen führte bei einer ganzen Reihe von Trägern zur Einrichtung von **WOHNTRAININGSGRUPPEN, AUSSENWOHNGRUPPEN, SERVICE-WOHNUNGEN UND TEILSTATIONÄREN ANGEBOTEN**. Über den Pflegesatz werden aber die gleichen **MACHTSTRUKTUREN** wie in den Helmen aufrechterhalten. Den Helmträgern gelang es damit, diese **IN DEN AMBULANTEN BEREICH ZU VERLÄNGERN**. Sie richteten die Gruppen und Wohngemeinschaften ein, sind Hauptmieter, beziehen einen Pflegesatz, wählen die Bewohner aus, stellen das Personal ein, handeln mit dem Leistungsträger den Umfang der Hilfen aus, bestimmen über Ort, Standard, Größe und Ausstattung der Wohnung, die Organisation des Alltags, Zielgruppenkriterien usw. Sämtliche **KOMPETENZEN**, die zu einer selbstbestimmten Lebensgestaltung gehören, befinden sich in ihrer Hand.

B. Was bedeutet das Konzept selbstbestimmter **PERSÖNLICHER ASSISTENZ**?

1. Definition der amerikanischen '**INDEPENDENT-LIVING-BEWEGUNG**': "Selbstbestimmt leben heißt, **KONTROLLE ÜBER DAS EIGENE LEBEN** zu haben, basierend auf der Wahlmöglichkeit zwischen akzeptablen Alternativen, die die Abhängigkeit von den Entscheidungen anderer bei der Bewältigung des Alltags minimieren. Das schließt das Recht ein, seine eigenen Angelegenheiten selbst regeln zu können, an dem öffentlichen Leben der Gemeinde teilzuhaben, verschiedenste soziale Rollen wahrnehmen und Entscheidungen fällen zu können, ohne dabei in die psychologische oder körperliche Abhängigkeit anderer zu geraten. Unabhängigkeit ('Independence') ist ein relatives Konzept, das jeder persönlich für sich bestimmen muß."

2. Die Machtverhältnisse müssen also durch Umverteilung der faktischen **ENTSCHEIDUNGSMACHT** bei der Gestaltung der persönlichen Assi-

stenz verändert werden. Für ein selbstbestimmtes Leben müssen die Assistenten daher über folgende Kompetenzen mindestens verfügen:

1. **FINANZKOMPETENZ**, um den Einsatz und die Verwendung der finanziellen Mittel zu steuern, 2. **ORGANISATIONSKOMPETENZ**, um Art, Form, Zeitpunkt und Einsatzplan der persönlichen Assistenz zu bestimmen, 3. **PERSONALKOMPETENZ**, um die Auswahl der Assistentinnen wahrnehmen zu können und 4. **ANLEITUNGSKOMPETENZ**, um durch die Assistentenleistung nicht zum Objekt der Hilfeleistung zu werden, sondern als Subjekt darüber verfügen zu können.

3. **PERSÖNLICHE ASSISTENZ** ist jede Form der persönlichen Hilfe, die Assistentennehmerinnen in die Lage versetzt, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Sie umfaßt die Bereiche Körperpflege, Haushaltshilfe, medizinische Krankenpflege, aber auch die kommunikativen Hilfen durch Gebärdendolmetscher für Hörgeschädigte oder Vorlesedienst für Blinde. Sie kann hohe fachliche Kenntnisse voraussetzen (z. B. bei den GebärdendolmetscherInnen oder der Krankenpflege) oder keine besonderen Qualifikationen erfordern.

4. Reale Veränderungen im Leben der Einzelnen müssen einhergehen mit einer gemeinsamen emanzipatorischen Politik Behinderter in einer **BÜRGERRECHTSBEWEGUNG**. Bloße Verbesserung ambulanter Hilfen schreibt die alten **ABHÄNGIGKEITEN AUF HÖHEREM KONSUMNIVEAU** vor. Umgekehrt erfordert die politische Arbeit gegen die gesellschaftliche Aussonderung auch reale Verbesserungen der eigenen Lebenssituation.

5. **SELBSTBESTIMMT LEBEN ZENTREN** haben diese Funktion, einerseits durch persönliche Beratung, Begleitung und Unterstützung bei der Durchsetzung individueller Rechte und selbstbestimmter Lebensmöglichkeiten persönliche Hilfe zu leisten. Gleichzeitig sollen über Betroffenenberatung konkrete Vorbilder für eine **GEGENWEHR** vermittelt, Informationen über Mißstände und Diskriminierungen gesammelt, gebündelt, öffentlich gemacht und Widerstand dagegen organisiert werden. **SELBSTBESTIMMT LEBEN ZENTREN** sind Selbständigkeitstrainingszentren, Informationsbörsen, Beratungseinrichtungen, Beschwerdezentren und Kristallisationspunkt politischer Bewegung. Sie sollen kritische Instanz sein und dürfen daher **NICHT SELBST ANBIETER AMBULANTER DIENSTE** werden.

6. ASSISTENZGENOSSENSCHAFTEN haben das Ziel mit den Betroffenen ihre persönliche Assistenz zu organisieren und dabei eine radikale Umverteilung der Helfermacht zugunsten der Assistenznehmer durchzusetzen, ohne Ihnen sämtliche finanziellen, organisatorischen und rechtlichen Risiken und Belastungen aufzubürden, die sie als Arbeitgeber tragen müßten. Sie läßt gleichzeitig nicht die passive Konsumentenrolle zu, wie sie gegenüber den Anbietern ambulanter Dienste besteht, weil die Mitgliedschaft als Genosse/in in den Entscheidungsgremien vorausgesetzt wird.

Selbstbestimmt leben durch persönliche Assistenz

Erfahrungsbericht einer Betroffenen.
Andrea Mleike

Was verstehe ich unter "selbstbestimmt leben"?

Selbstbestimmt leben bedeutet für mich in erster Hinsicht frei entscheiden zu können, wo und unter welchen Bedingungen ich leben möchte. Ob ich z.B. in einer Wohngemeinschaft oder lieber in einer eigenen Wohnung leben möchte.

Selbstbestimmt leben bedeutet aber auch, frei entscheiden zu können, von wem und vor allem wie ich mir helfen lasse. Das heißt, ich muß die Möglichkeit haben, mir meine Assistentinnen selbst aussuchen, einschulen und auch selbst bezahlen zu können. Ich will für mich und mein Leben Verantwortung übernehmen und mich nicht von Personen, Organisationen oder Vereinen verwalten und "betreuen" lassen.

Ich will meine täglichen Bedürfnisse selbst organisieren und koordinieren und will ganz einfach MEIN LEBEN selbst in die Hand nehmen und nach meinen Wünschen und Vorstellungen gestalten können.

Dies alles verstehe ich unter dem Schlagwort "selbstbestimmt leben" (das in der letzten Zeit viel diskutiert und gefordert wird), und ich bin davon überzeugt, daß ein selbstbestimmtes und selbstge-

führtes Leben nur durch persönliche Assistenz verwirklicht werden kann.

Wie sieht nun diese persönliche Assistenz bei mir aus?

Ich bin 25 Jahre, habe einen Beruf (bin diplomierte Sozialarbeiterin), bin halbtags in einem Büro beschäftigt und lebe seit sechs Jahren in einer eigenen, von mir geführten Mietwohnung. Ich bin seit Geburt an klassisch behindert und daher ständig auf meinen Elektro-Rollstuhl angewiesen. Ohne fremde Hilfe ist es mir nur für ein paar Stunden möglich, alleine zu sein.

Aufgrund meiner schweren körperlichen Behinderung kann ich viele Dinge des täglichen Lebens nicht selbständig für mich tun. Daher brauche ich mehrmals täglich Hilfe (also persönliche Assistenz) von anderen Personen (sprich AssistentInnen). Ich benötige persönliche Assistenz beim Aufstehen, Baden, auf die Toilette gehen, beim An- und Ausziehen, Frisieren und auch nachts zum mehrmaligen Lagewechsel. Aber auch für meine Wohnung und den Haushalt, das heißt: Einkaufen, Kochen, Staubsaugen, Geschirr abwaschen, Aufräumen, Putzen, Blumengießen, Nähen, Wäsche waschen etc. Weiters: Begleitung bei diversen Erledigungen (z.B. Friseur, Bank, Post, Ämter, Arzt etc.) und auch für meine persönlichen Interessen (Besuche, Schwimmen gehen, Theater, Kino, Konzert, Veranstaltungen, Seminare, Kurse, Kongresse, Ausstellungen, Urlaub und sonstigen Aktivitäten). Auch für die tägliche Fahrt von und zur Arbeit brauche ich persönliche Assistenz.

Dies alles zusammengefaßt, ergibt einen großen und teilweise sehr intimen und persönlichen Arbeitsbereich. Daher kann es auch nicht möglich sein, diese "Arbeit" von irgendwelchen Personen machen zu lassen. Sehr wichtig dabei ist das Vertrauen und die persönliche Beziehung zum/zur AssistentIn. Ich muß mir also die Person sehr genau ansehen, befragen und aussuchen und muß mir dann überlegen, ob ich mir ein so intensives Arbeitsverhältnis nun vorstellen kann oder nicht. Ich muß auch das Recht haben, "NEIN" sagen zu können, ohne ein schlechtes Gewissen zu haben, genauso wie ich dies auch dem/der Assistentin zuspreche.

Weitere Voraussetzungen für ein derartiges Arbeitsverhältnis sind vor allem für die folgenden drei Punkte:

- gegenseitiges Vertrauen und Offenheit, Ehrlichkeit
- Pünktlichkeit und
- Verlässlichkeit, das heißt: vereinbarte Termine sind 100% einzuhalten.

Ich erwarte mir von meinen AssistentInnen, die Dinge für mich so zu erledigen, wie ich es tun würde, wenn ich es könnte. Dazu ist natürlich ein enormes Verständnis, Geduld und die gegenseitige Akzeptanz notwendig.

Derzeit arbeiten für mich sechs AssistentInnen. Drei davon machen die Hauptarbeit, die anderen drei sind für Ersatzdienste, Vertretungen, Krankensstände und Urlaubsvertretungen zuständig. Mit jeder AssistentIn habe ich vor Beginn des Arbeitsverhältnisses ein intensives Erstgespräch geführt, um genau meine Wünsche, Vorstellungen, Bedingungen und Erwartungen zu äußern. Danach habe ich mir und der Assistentin eine Bedenkzeit eingeräumt, um mir alles nochmal genau zu überlegen. Falls es dann zu einem Arbeitsverhältnis kam, habe ich jede meiner AssistentInnen genauestens eingeschult und angeleitet.

Alle zwei Monate halte ich eine Art Teambesprechung ab, an der alle Beteiligten teilzunehmen haben. Diese Teambesprechung bietet erstens die Möglichkeit zur Reflexion der Arbeit, aber auch die Gelegenheit zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch und ist gleichzeitig ein Forum, um über Wünsche, Veränderungen, Konflikte oder sonstige Themen zu sprechen. Zweitens wird in diesem Team von mir der Dienstplan für die nächsten zwei Monate im Voraus erstellt. Jede Assistentin hat ihre fixen Tagesstunden und Nachtdienste und kann sich somit die Arbeit genau einteilen und braucht nicht abrufbereit (außer in Notsituationen) zu sein. Wichtigstes Prinzip und Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit ist, vereinbarte Termine unbedingt einzuhalten. Weiters wird der Dienstplan dann von mir geschrieben, kopiert und an die AssistentInnen verschickt. Täglich sind derzeit vier Dienste abzudecken. Nicht alle davon können von mir bezahlt werden, da meine finanziellen Mittel beschränkt sind. Der Frühdienst beginnt um 6.45 Uhr und dauert in der Regel 2,5 bis 3,5 Stunden. Der Mittagsdienst beginnt um 12.30 Uhr und dauert ca. 1,5 Stunden, der Abenddienst beginnt zwischen 18.00 und 19.00 Uhr und dauert ca. 1,5 Stunden. Der Nachtdienst beginnt generell um 22.00 Uhr und dauert maximal

12 Stunden. Zwischendurch kommen natürlich für sämtliche Aktivitäten und Erledigungen zusätzliche Stunden hinzu. Ich bezahle pro Stunde mit öS 80,-, zusätzlich für jede Anfahrt öS 40,- und für die Nachtdienste öS 527,- für maximal 12 Stunden. Derzeit kann ich mir 5 Nachtdienste pro Woche leisten, obwohl ich täglich Nachtdienste benötige. Die restlichen 2 Nachtdienste und zusätzlich die nicht bezahlten Stunden leistet mein Partner kostenlos. Auch die Teambesprechung bezahle ich mit öS 80,- pro Stunde (wird aber nur für 2 Stunden bezahlt, auch wenn das Team länger dauert). Da ich es äußerst wichtig finde, regelmäßig über auftretende Schwierigkeiten, Fragen oder Konflikte sprechen zu können, ist dieses Team ein notwendiger Bestandteil der persönlichen Assistenz. Die Teambesprechungen werden von mir vorbereitet und geleitet, in der Regel dauern sie ca. 3 Stunden.

Die AssistentInnen bekommen ihr Honorar/Geld monatlich von mir ausbezahlt, jeweils am Monatsanfang für das vergangene Monat. Alle AssistentInnen arbeiten auf Honorarbasis und sind auch selbst dafür verantwortlich, Steuern zu bezahlen. Eine weitere wichtige Voraussetzung für diese Arbeit ist für mich auch die Absicht der Assistentin, das ein-zugehende Arbeitsverhältnis länger zu betreiben. Ich habe nicht die Kraft und Energie, alle drei Wochen neue AssistentInnen einzuschulen. Abgesehen davon ist es auch nicht sehr sinnvoll, da sich die Qualität der persönlichen Assistenz erst durch längere Praxis ergibt.

Fängt eine neue Assistentin zu arbeiten an, so führe ich mit ihr zuerst ein genaues und detailliertes Gespräch über meine Erwartungen und Vorstellung, aber auch über meine Wünsche und persönlichen Eigenheiten bzw. Vorlieben bezüglich der Assistenz. Danach wird sie von mir und einer von mir ausgesuchten bestehenden Assistentin genauestens eingeschult. Kurz darauf hat sie dann ihren ersten Frühdienst. Anschließend erfolgt ein weiteres Gespräch (auch mit anderen AssistentInnen von mir), wo Gelegenheit besteht, gerade über "das erste Mal" zu sprechen, dies kann auch beim folgenden Team stattfinden. Erst nach diesem Ablauf (den ich bewußt einzuhalten versuche) kann die regelmäßige und alltägliche Arbeit beginnen.

Meine AssistentInnen arbeiten im "Radldienst", auch achte ich darauf, daß nicht immer die gleiche Assistentin z.B. am Wochenende eingeteilt wird. Um meine AssistentInnen zumindest ein bißchen

rechtlich abzusichern, habe ich für alle eine Unfall- und Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Ich verstehe mich als Arbeitgeber und habe somit auch für die Interessen und Zufriedenheit meiner Assistentinnen zu sorgen. Mein Wunsch wäre es, meine Assistentinnen bei mir fix anzustellen, doch dafür sind meine finanziellen Mittel zu knapp.

Grundsätzlich erwarte ich mir von meinen Assistentinnen keine einschlägige Praxis oder Erfahrung, auch keine spezielle Ausbildung oder Schulung - sondern nur die Bereitschaft, die Geduld und das Verständnis aufzubringen

1. auf meine Bedürfnisse und Wünsche bezüglich meiner persönlichen Assistenz einzugehen ...
2. vertraulich mit persönlichen und intimen Informationen umzugehen...
3. meinen privaten und persönlichen Bereich, sowie meinen Lebensstil zu akzeptieren und die erwähnten Voraussetzungen einzuhalten...

Seit fast drei Jahren beanspruche ich jetzt in dieser Form persönliche Assistenz über den Verein Mobiler Hilfsdienst Salzburg. Ich habe von Anfang an meine Assistentinnen selbst ausgesucht, eingeschult und eingestellt und auch die regelmäßigen Teambesprechungen eingeführt und abgehalten. Also alles selbstständig organisiert und koordiniert. MOHI Salzburg hatte lediglich für die Funktion der Assistentenvermittlung, fühlte sich jedoch auch für monatliche Abrechnung und Bezahlung meiner Assistentinnen zuständig.

Seit 1. August dieses Jahres habe ich es nun nach langem "Kämpfen", Bitten und Begründen geschafft, auch diesen Teil (Abrechnung und Bezahlung) selbst zu erledigen.

Ich bekomme somit das notwendige Geld für meine persönliche Assistenz auf mein Konto (sprich, "auf die Hand") und kann damit meine Assistentinnen selber bezahlen. Leider ist diese Lösung erstmals ein "Modellversuch" des Sozialamtes Salzburg und daher bescheidmäßig befristet (31.12.89).

Ich werde jedoch alles daran setzen, diese Form beibehalten zu können, da alle anderen Alternativen für mich nicht akzeptabel sind und für mich eine Heimerbringung völlig undiskutabel und menschenunwürdig ist.

Ich lasse mich nicht mehr (habe Heimerfahrung hinter mir) ghettoisieren und aussondern und somit an den Rand der Gesellschaft drängen.

Ein Leben ohne persönliche Assistentinnen könnte ich mir nicht mehr vorstellen und sehe mit dieser Forderung auch mein Recht auf individuelle Lösun-

gen, die für mich akzeptabel sind.

Jeder Mensch hat das Recht auf Individualität und das Recht, sein Leben so zu führen und zu gestalten, wie er es für richtig hält - Ich nehme dieses Menschenrecht auch für mich in Anspruch. Braucht jemand jedoch aufgrund seiner Behinderung dafür persönliche Assistenz, um dies zu verwirklichen, so müssen die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um sich persönliche Assistentinnen bezahlen zu können.

Es ist an der Zeit, endlich einmal nicht nur von Integration und Gleichberechtigung zu reden, sondern auch danach zu handeln.

Es ist an der Zeit, gängige und übliche Methoden zu verändern. Behinderte Menschen wollen nicht mehr länger abgeschoben und verwaltet werden (wie es in Heimen der Fall ist), sondern ein selbstbestimmtes und selbstgeführtes Leben in einer selbstgewählten Umgebung führen.

Es ist die Pflicht von uns allen, dies positiv zu unterstützen und daran zu arbeiten, und es ist die Pflicht der Politiker und Behindertensprecher, die dafür notwendigen finanziellen Mittel aufzustellen.

Spruch: Es gibt nur einen einzigen Grund, etwas zu verändern und nicht beim Alten zu lassen - DU HÄLST ES EINFACH NICHT MEHR AUS!!!

EUROPAPARLAMENT STRASSBURG

RESOLUTION

Vorwort

Wir, behinderte Menschen aus den Niederlanden, Großbritannien, Dänemark, Italien, der Schweiz, Schweden, Frankreich, Österreich, Belgien, Finnland, den USA, Ungarn, der BRD und Norwegen, haben uns vom 12. bis 14. April 1989 im Europaparlament in Straßburg/Frankreich versammelt.

Der Schwerpunkt dieser Konferenz lag auf der Erörterung "Persönlicher Assistenz" als wichtigem Faktor eines unabhängigen Lebens für behinderte Menschen und umfaßt daher den gesamten Bereich menschlicher Aktivitäten, wie z. B. Wohnen, Mobilität, Bildung und Erziehung,

Arbeit, wirtschaftliche Sicherheit und politische Einflußmöglichkeiten.

Indem wir behinderten Menschen die alleinige, auf unserer Lebenserfahrung beruhende Kompetenz erkennen, müssen wir die Initiative ergreifen, um die uns direkt betreffende Politik zu planen.

Deshalb verurteilen wir die gesellschaftliche Praxis, die darin besteht, uns auszusondern und in Helme abzuschließen und eine andauernde Verletzung unserer Menschenrechte darstellt. Wir meinen, daß die Regierungen Gesetze verabschieden müssen, welche die Menschenrechte behinderter Menschen schützen und Gleichbehandlung sicherstellen.

Wir halten an unserem menschlichen Grundrecht der vollen und gleichen Teilnahme an der Gesellschaft fest, wie es auch in der UN-Deklaration der Menschenrechte verankert ist, die seit 1985 explizit auch behinderte Menschen einschließt. Wir meinen, daß eine Grundvoraussetzung für die Erfüllung dieses Menschenrechts die Bereitstellung von unterstützenden Diensten darstellt, insbesondere "Persönliche Assistenz" für alle, die Ihrer bedürfen.

Die Empfehlung des UN-Weltaktionsprogramms (§ 115) besagt speziell, daß "die Mitgliederstaaten den Ausbau von Hilfsdiensten vorantreiben sollen, um es behinderten Menschen zu ermöglichen, ein weitestgehend unabhängiges Leben zu führen und zu gewährleisten, daß behinderte Menschen dabei die Gelegenheit haben, diese Dienste für sich selbst zu entwickeln und zu verwalten".

Die 43. UN-Generalversammlung (1988) bestätigte nochmals die Gültigkeit des Weltaktionsprogramms und hob in einer Resolution neuerlich hervor, "daß der Herstellung gleicher Möglichkeiten besonderes Augenmerk geschenkt werden sollte".

In Anbetracht dieser und ähnlicher Empfehlungen der Europäischen Gemeinschaft und des Europarates, und um zu garantieren, daß behinderte Menschen überall in Europa eine Gleichstellung erfahren, betonen wir, daß diese Ziele erreicht werden müssen.

Als Mitglieder der internationalen Bewegung behinderter Menschen ("Disabled People's International), welche sich eine Vernetzung von Initiativen für ein unabhängiges Leben zum Ziel gesetzt hat, rufen wir die Politiker und Regierungen auf, bei der Herstellung gleicher Wahlmöglichkeiten folgende Prinzipien zu beachten:

1) Persönliche Assistenzdienste sind ein Menschen- und Bürgerrecht. Sie müssen dem Benutzer kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Diese Dienste sollen Menschen mit allen Behinderungsarten und in jeder Altersgruppe aufgrund ihrer Bedürfnisse zur Verfügung stehen, unabhängig von persönlichem Wohlstand, Einkommen und Familienstatus.

2) Die Benutzer von Persönlichen Assistenzdiensten sollen die Möglichkeit haben, aus einer Palette verschiedener Modelle zu wählen, die unterschiedliche Formen der Benutzerkontrolle bieten. Benutzerkontrolle kann, unserem Verständnis nach, unabhängig von Ihrem rechtlichen Status von allen Personen ausgeübt werden.

3) "Persönliche Assistenz" soll dem Benutzer ermöglichen, an allen Aspekten des Lebens, wie z. B. in der Arbeitswelt, an Bildungs- und Freizeitaktivitäten sowie im politischen Leben teilzunehmen. Dadurch muß für alle behinderten Menschen die Wahlmöglichkeit hergestellt werden, ein individuelles Leben bzw. ein Familienleben aufzubauen sowie damit zusammenhängende Verpflichtungen zu erfüllen.

4) "Persönliche Assistenz" muß langfristig, bis zu 24 Stunden pro Tag und sieben Tage in der Woche zur Verfügung stehen; ähnliche Dienste müssen auch kurzfristig und in dringenden Fällen verfügbar sein. Diese Dienste sollen Hilfe bei der körperlichen Pflege, Kommunikation, im Haushalt, zur Mobilität, Arbeit etc. umfassen. Bei der Feststellung des Bedarfs muß der Standpunkt des Benutzers ausschlaggebend sein.

5) Der finanzielle Träger muß sicherstellen, daß genügend Geldmittel für eine ausreichende Unterstützung des Benutzers, für Beratung, Schulungen des Benutzers und seiner persönlichen Assistenten, etc. vorhanden sind.

6) Die Geldmittel müssen angemessene, tariflich abgesicherte Gehälter, soziale Sicherung und

Verwaltungskosten abdecken.

7) Auf diese Geldmittel muß gesetzlicher Anspruch bestehen. Ihre Auszahlung muß ohne Rücksicht auf die Herkunft der Mittel oder bestehende, lokale Verwaltungsvereinbarungen erfolgen. Sie gelten nicht als Einkommen und stehen dem Benutzer unabhängig von allfälligen anderen Leistungen und Diensten zu.

8) Der Benutzer soll seine persönlichen Assistenten frei wählen können, also auch Familienmitglieder.

9) Niemand darf aufgrund mangelnder Ressourcen, zu hoher Kosten, unterentwickelter oder mangelnder Dienste in ein Heim abgeschoben werden.

10) Ein einheitliches, von der finanziellen Trägerinstitution unabhängiges juristisches Verfahren ist vorzusehen. Dieses muß innerhalb eines angemessenen Zeitraums durchgeführt werden, wobei dem Kläger Anspruch auf Rechtshilfe durch die gesetzgebende Körperschaft gewährt werden muß.

11) Im Anschluß an die oben genannten Punkte müssen behinderte Menschen von Ihnen kontrollierte Organisationen auf allen politischen Ebenen bei der Planung, der Entwicklung und Durchführung einbezogen werden.

WOHNEN IN DER SARGFABRIK

Anfang Mai 1989 hat eine Gruppe von 35 Frauen und Männern nach langem Suchen eines geeigneten Objektes Ihre Traumfabrik im 14. Bezirk gefunden und gekauft.

Jetzt regt sich neues Leben in den schönen alten Ruinen, auf den Tod der Sargfabrik folgt eine Wiedergeburt - die S.A.R.G. - Fabrik!

Die Liegenschaft ist etwa 4700 m² groß, besteht aus Zinshaus, Fabrikstrakt, vielen Höfen und einem Neubaugrundstück. Nach Umbau, Sanierung und Neubau werden etwa 6000-7000 m² Nutzfläche vorhanden sein.

Wir wollen aber keinesfalls einen Wohnsilo daraus machen, sondern eine neue Art "sozialer Wohnbau in Wien". Wir möchten miteinander zu tun haben und streben auch eine gemischte Nutzung von Wohnen, Gewerbe und Kultur an. Wir befinden uns gerade in der Phase der Erstellung eines Nutzungskonzeptes. Unsere Vorstellung von gemeinschaftlichem Wohnen beinhaltet das Leben mit Kindern, alten Menschen, Behinderten, Kranken und Gesunden. Wir wollen den Alltag gemeinsam bewältigen und planen Wohnraum für behinderte und alte Menschen ein. In diesem Zusammenhang ist es uns wichtig, daß bereits in der Planungsphase konkrete Vorstellungen und Bedürfnisse von verschiedensten Seiten eingebracht werden.

Über die "Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze für Behinderte" (Camillo Sittegasse 6-8, 1150 Wien, 92 11 37) gibt es die Möglichkeit einer finanziellen Förderung. Alle Interessierten sind herzlichst eingeladen, sich bei der ARGE WOHNPLÄTZE oder direkt bei uns (14, Matznergasse 8, 92 99 595) zu melden.

Einladung zu einem Lokalaugenschein
mit anschließender Podiumsdiskussion
zum Thema:

"BEHINDERT UNBEHINDERT WOHNEN".

am 24. Februar 1990

um 14 Uhr in der Matznergasse 8.



"BESUDELN 5"

Leserbrief

Betrifft: 1000 Wohnplätze für behinderte Menschen
- vgl. den Kommentar von Haslwanter/Petloky/Schnelder in LOS 24, Seite 23.

Ein Leserbrief von Dr. Walter Schaffranek

Es ist sicherlich richtig, daß zuerst die Infrastruktur zur allgemeinen Integration verbessert werden soll. Hier gibt es ein großes Betätigungsfeld; erste positive Ansätze, wie das neue Wiener Wohnbauförderungsgesetz, sowie die Bestrebungen zur Änderung der Bauordnung (behindertengerechte Zugänglichkeit aller Wohnungen) lassen hier auf einiges hoffen. Das Programm der Mitgliedsorganisationen der Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze ist vor allem für jene behinderten Menschen gedacht, die eine ständige Betreuung benötigen. Im Gegensatz zu den Entwicklungen in anderen Bundesländern möchte die Gemeinde Wien diesen behinderten Menschen (meist geistig und mehrfachbehinderte Menschen) professionelle Hilfe zukommen lassen. Diese professionellen Helfer müssen angestellt werden - daher wird eine Organisationsform benötigt. Um die Angebotspalette für behinderte Menschen größer zu machen und letztlich auch, um rascher und flexibler auf unterschiedliche Bedürfnisse behinderter Menschen reagieren zu können, initiierte die Gemeinde Wien die Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze - ein Zusammenschluß privater Trägerorganisationen der Behindertenhilfe. Sieben Gründungsorganisationen, sowie drei weitere Organisationen, die später dazugekommen sind, haben bis jetzt rund 280 betreute Wohnplätze geschaffen. Die Wohnplätze sind hauptsächlich in ganz normalen Wohnungen in Wohnhausanlagen untergebracht, die meist von gemeinnützigen Bauträgern (Genossenschaften) errichtet wurden. Es gelang uns, insgesamt 16 Wohngemeinschaften zu errichten, davon nur 2, wie von Ihnen vermutet, an einer Adresse. Ferner konnten wir noch 25 betreute Einzelwohnungen in Betrieb nehmen. Eine weitere große Einheit (4 Wohngemeinschaften unter einer Adresse mit insgesamt 56 Plätzen) kam dazu; so könnten wir mit gutem Gewissen behaupten, daß mehr als drei Viertel unserer Wohnformen dem Leitbild der gemeinwesenintegrierten Wohnformen entsprechen.

In der nächsten Zeit benötigen wir mehr Einzelwohnungen, erst gegen Ende unseres Programmes dann wieder Wohnungen bzw. Wohngemeinschaften für älter werdende behinderte Menschen. Gegen Ende Ihres Artikels unterstellen Sie, daß in Projekten der Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze nur leicht behinderte Menschen Plätze finden (Sonderschulabgänger), die schwerer behinderten Menschen weiterhin im Behindertenzentrum des Psychiatrischen Krankenhauses unterkommen. Die von Ihnen ausgesprochene Vermutung kann ich mir nur durch ein Mißverständnis Ihrerseits erklären. Erstens nimmt das Behindertenzentrum im Psychiatrischen Krankenhaus nur Jugendliche. Die Projekte der Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze sind aber für erwachsene schwer behinderte Menschen gedacht. Für psychisch behinderte Menschen gibt es das Programm des Kuratoriums für Psychosoziale Dienste Wien.

Daß uns die Integration auch schwerst mehrfachbehinderter Menschen in normalen Wohngemeinschaften und Wohnungen gelungen ist, beweisen sicherlich einige unserer Projekte, wie z. B. die Wohngemeinschaften des Österr. Hilfswerks für Taubblinde.

Sicherlich gibt es noch eine Menge zu verbessern. Als Zukunftsperspektive sehe ich, daß sich der behinderte Mensch mehr als bisher seiner Rolle als Konsument bewußt wird und als Konsument die Angebote der privaten Trägerorganisationen auswählt. Die nötige Angebotsvielfalt wird teilweise durch die Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze erreicht - leider ist es in der Praxis heute noch immer so, daß der freie Platz, sowie die Beratung der Professionisten die Hauptentscheidung für die Auswahl eines Wohnplatzes darstellen.

Ich hoffe, einige Mißverständnisse und Vorurteile ausgeräumt zu haben und lege in der Anlage noch eine Kurzfassung der Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze bei:

GEMEINDENAHES WOHNEN IM STÄDTISCHEN BE- REICH

Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze in Wien

Aufgrund des großen Bedarfes an betreuten Wohnmöglichkeiten für behinderte Menschen entschloß sich das Land Wien, die Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze zu initiieren - ein Zusammenschluß von

privaten Trägerorganisationen der Behindertenhilfe.

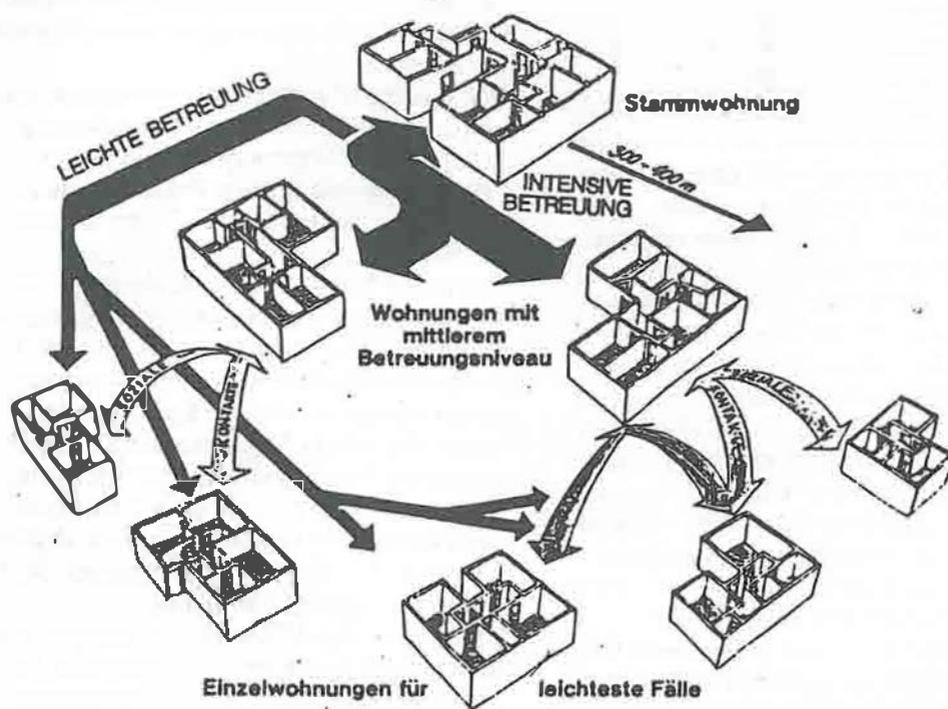
Ziel ist es, in den Jahren 1987 bis 1996 1.000 zusätzliche betreute Wohnplätze zu schaffen.

Geplante und realisierte Wohnformen

in erster Linie werden sogenannte "gemeinwesenintegrierte Wohnformen" geschaffen. Demnach sollten behinderte Menschen nicht in Großeinrichtungen untergebracht werden, sondern die Möglichkeit erhalten, wie jeder andere Mitbürger des Landes zu wohnen.

Behinderte Menschen, die rund um die Uhr eine Betreuung benötigen, wohnen in Wohngemeinschaften, die von einem Team betreut werden. Im Umkreis dazu liegen Einzelwohnungen, in denen bereits selbständigere behinderte Menschen leben. Daneben gibt es kleine Wohngemeinschaften, die nur noch lose, von der Stammwohnung aus, Betreuung bekommen.

Alle Wohnungen werden in üblichen Wohnhausanlagen (Wohnhäuser) eingeplant. In den Jahren 1987/88 konnten bisher rund 160 Wohnplätze fertiggestellt werden. Es sind dies größtenteils Wohnplätze in Wohngemeinschaften. 1989 werden in etwa 100 Plätze fertig - heuer werden auch viele Einzelwohnungen bezogen.



Finanzierung

Für die Errichtung und Ausstattung der Wohnungen werden öffentliche Gelder gewährt. Die laufenden Betreuungskosten werden in Form von Tageskostensätzen in Wohngemeinschaften, oder Monatspauschalen, bei Einzelwohnungen, mit dem Sozialamt der Stadt Wien verrechnet.

Zur Zeit bieten 9 verschiedene Organisationen solche Wohnplätze an, wobei unterschiedliche Schwerpunkte (Art und Ausmaß der Behinderung) gesetzt werden.

Koordiniert werden alle diese Aktivitäten vom Büro der Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze (zentrale Koordinationsstelle).

Erfahrungen

In erster Linie konnten Einplanungen in Wohnhausanlagen von Gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaften erreicht werden. Zumeist können komplette Wohnverbundsysteme mit eingeplant werden, d. h. eine Stammwohnung mit angeschlossenen Einzelwohnungen. Es hat sich bewährt, in Wohnhausanlagen ab 100 Wohneinheiten

ten ein solches System einzuplanen (1 Stammwohnung, 1 Zentrum, Einzelwohnungen).

Nach unseren bisherigen Erfahrungen empfiehlt sich eine Stammwohnung und 6 bis 12 Einzelwohnungen, die aber von einem zusätzlichen Kommunikationszentrum aus betreut werden. Die Betreuung der Einzelwohnungen von der Stammwohnung aus bringt eine zu hohe Belastung (Frequenz) der Bewohner.

Es sind kleine Wohngemeinschaften mit mittlerem Betreuungsniveau oft sehr problematisch zu führen, daher wird die Schaffung kleiner Einzelwohnungen vorangetrieben, die aber durchaus nebeneinander liegen können (aber nicht mehr als 4), hier hat jeder Bewohner seinen eigenen Bereich, der Kontakt erfolgt im Kommunikationszentrum.

Werden solche Wohnverbundsysteme von Beginn eingeplant und alle übrigen (zukünftigen) Mieter sind informiert, so gibt es kaum Probleme mit den Nachbarn. Ziehen wir in ein "altes" Haus, so kommt es oft im 1. Jahr zu kleine Differenzen - die sich aber bald beilegen lassen.

Zukunft

Die erste große Phase der betreuten Wohngemeinschaften ist mehr oder minder abgeschlossen. In den kommenden Jahren werden verstärkt betreute Einzelwohnungen geschaffen werden. In der Folge und für diese Zeit müssen wir jetzt schon vorausplanen, werden dann wieder rund um die Uhr betreute Wohnformen benötigt, da erstens unsere behinderten Menschen immer älter und damit auch pflegeabhängig werden und zweitens junge behinderte Menschen mit immer komplexeren Behinderungsformen zu uns kommen.

Dr. Walter Schaffraneck
Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze
Camillo-Sitte-Gasse 6-8, 1150 Wien
Tel.: 92 11 37





Wohltäter unterwegs

Behindertenpolitik

- dominiert von WohltÄTERN?

Volker Schönwiese

Behindertenpolitik in Österreich ist sehr stark mit verschiedensten Interessensgruppen verbunden. Die altbekannte Formel, daß alles "zum Wohl der Behinderten" geschehe, ist brüchig. Dies soll im Folgenden am Beispiel des aktuellen Streites innerhalb der Lebenshilfe Tirol verdeutlicht werden, der dazu führte, daß ein Vater eines behinderten Kindes seiner Funktion enthoben und aus der Lebenshilfe ausgeschlossen wurde. Es geht - wie könnte es anders sein - um Fragen von Demokratie und von Integration. Perestroika für die österreichische Lebenshilfe!

Nun ein Versuch eine emotionsgeladene Geschichte nüchtern zu erzählen:

Im September 89 wandten sich acht Vorstandsmitglieder der Sektion Reutte der Lebenshilfe Tirol an die Öffentlichkeit und schrieben einen Brief an den Landeshauptmann von Tirol, in dem sie um Klarstellung baten. Die Vorstandsmitglieder der Sektion Reutte wandten sich deshalb an den Landeshauptmann, da der Landesverband bei ihm interveniert hatte und das Vorgehen im aktuellen Streit mit ihm angeblich abgesprachen hatte.

Kurz zur Vorgeschichte der Auseinandersetzung: 1984 gründeten Eltern aus dem Bezirk Außerfern aus einer Notsituation heraus einen Elternverein, um Therapiemöglichkeiten anbieten zu können, die die Lebenshilfe nicht in der Lage war zu organisieren. Dies führte zu einer "Konkurrenzsituation" zwischen dem Elternverein und der Lebenshilfe, die der Lebenshilfe - die gerne einen Monopolanspruch auf die Hilfe für geistig behinderte Menschen stellt - nicht erträglich erschien. In dieser Streitsituation versuchte 1985 der damalige Bundespräsident Dr. Kirchschräger zu vermitteln und besuchte zusammen mit dem damaligen Landeshauptmann die Lebenshilfe Außerfern und den Elternverein. Diese Intervention war Anlaß für recht schwierige Ver-

handlungen, in denen sich aber dann die Lebenshilfe Außerfern und der Elternverein auf neue Statuten (Geschäftsordnung) für die Sektion Außerfern der Lebenshilfe und auf die Auflösung des Elternvereins einigten.

In den neuen Statuten wurde u.a. vereinbart: "Der Landesverband bevollmächtigt die Lebenshilfe Außerfern, alle Angelegenheiten, welche die Betreuung und Versorgung der behinderten Menschen betreffen, als auch die übrigen anfallenden Geschäfte sowie Personalangelegenheiten innerhalb ihres Wirkungsbereiches und im Rahmen der Geschäftsordnung selbständig und autonom zu besorgen." Damit wurde dem Wunsch der Eltern nach mehr Eigenständigkeit, Mitspracherecht und Selbstverwaltung entsprochen.

In den folgenden Sektionswahlen wurde Heinz Forcher, Vater eines behinderten Kindes und Initiator des Elternvereins, in geheimer Wahl zum Obmann der Lebenshilfe Außerfern gewählt und 1988 in dieser Funktion bestätigt.

In den letzten Jahren gab es dann trotz der Einigung zwischen der Sektion Außerfern und dem Landesverband immer wieder Schwierigkeiten. Die Hauptursachen waren das Eintreten der Sektion für mehr ambulante Therapie, für Integration (im Außerfern wurden mehrere integrative Schulversuche initiiert)¹ und mehr Rechte der Betroffenen im Bezirk². Dies führte nun dazu, daß der Landesverband Heinz Forcher als Obmann der Lebenshilfe seiner Funktion enthoben hat und ankündigte, die gesamte Sektion Außerfern und damit auch den gesamten Vorstand durch Antrag an die nächste Generalversammlung aufzulösen. Da auch nach längerem Bemühen alle Einigungsversuche gescheitert sind, bekämpft Heinz Forcher nun die Unrechtmäßigkeit seines Ausschlusses gerichtlich. Abgesetzt werden kann der Vorstand nach den üblichen demokratischen Regeln nämlich nur durch die betroffenen Vereinsmitglieder und Eltern im Bezirk und nicht durch Funktionäre von "oben". Interessant ist, daß der geschäftsführende Präsident der Lebenshilfe Tirol, Dr. Lami, betont, daß das Vorgehen der Lebenshilfe Tirol sowohl mit Landeshauptmann Partl, als auch mit Landesrat Ferdinand Eberle, Bezirkshauptmann Hosp (Reutte) und mit dem ehemaligen Oberlandesgerichtspräsident Dr. Kohlegger abgesprochen sei. Das Land trägt auch insofern Verantwortung, als der Verein Lebenshilfe (mit rd. 240 Angestellten und rd. 600 zu betreuenden Personen) weitgehend aus Landesgeldern finanziert wird und das Land Interesse an einer durchschaubaren Struktur und effektiven Arbeit der Lebenshilfe haben muß.

Die Vorwürfe, die der Landesverband gegen Heinz Forcher und damit auch gegen den gesamten Vorstand erhebt, sind zum Teil Fragen des organisatorischen Ablaufs zwischen der Sektion und dem Landesverband, die im einzelnen lächerlich sind: Es geht um eine andere Geschichte. Der Ausschuß der Lebenshilfe Tirol hat im März 1989 ein Organisationsschema beschlossen, das die Entscheidungsrechte der Sektion weitgehend einschränkt und deshalb vom Vorstand der Sektion Außerfern einstimmig abgelehnt wurde. Die Sektion Außerfern legte daraufhin für die geplante Generalversammlung der Lebenshilfe frist- und statutengemäß einen Antrag auf Änderung der Statuten der Lebenshilfe Tirol vor (durch den Vorstand einstimmig beschlossen), dessen inhaltliche Hauptpunkte die Stärkung der Rechte der Eltern und das Ziel die Integration waren:

- Die Integration in alle Lebensbereiche sollte in den Zielparagraphen aufgenommen werden;
- alle Sektionen sollten - wie im Außerfern bisher - eine bestimmte Autonomie bekommen;
- behinderte Personen und ihre Eltern sollten in keinem Fall aus der Lebenshilfe ausgeschlossen werden dürfen.

Der Vorstand des Landesverbandes verlangte darauf vom Vorstand der Sektion Außerfern, den Antrag zurückzuziehen. Der Vorstand der Sektion Außerfern erklärte sich einverstanden, diesen Antrag in der Generalversammlung einem Arbeitsausschuß zuzuweisen, wenn das oben genannte Organisationsschema für die Sektion Außerfern als nicht gültig bestätigt wird. Der Landesverband sagte darauf die schon terminisierte Generalversammlung ohne Begründung ab, um eine Diskussion in der Generalversammlung zu verhindern.

In der Sitzung vom 30. Juni 1989 beschloß der Ausschuß der Lebenshilfe Tirol, Heinz Forcher als Obmann der Sektion Außerfern seiner Funktion zu entheben. Noch vor diesem Beschluß (!) versuchte der Landesverband alle Konten der Sektion Außerfern sperren zu lassen und damit die weitere Arbeit der Sektion zu stoppen. Der Vorstand der Sektion Außerfern wehrte sich einstimmig gegen die Funktionsenthebung ihres Obmannes und verlangte eine ausführliche Begründung für das Vorgehen des Landesverbandes. Im weiteren konnten keinerlei formell stichhaltige Begründungen durch den Landesverband angeführt werden. Der Landesverband verlangte dann mangels sachlicher Gründe, daß Heinz Forcher doch freiwillig abtreten solle, da mit ihm keine Zusammenarbeit möglich wäre. In der

Ausschußsitzung des Landesverbandes vom 6. Sept. 89 wurde neuerlich die Funktionsenthebung von Herrn Heinz Forcher gefordert und für den Fall, daß dieser die Enthebung gerichtlich bekämpfe, wurde beschlossen, einen Antrag an die Generalversammlung zur **zwangswweisen Auflösung der gesamten Sektion Außerfern** zu stellen. Heinz Forcher ließ sich nicht abschrecken und reichte die Klage ein. Die Lebenshilfe reagierte prompt und entsprechend hart: Absetzung als Obmann und **völliger Ausschluß aus der Lebenshilfe**.

Den ganzen Vorgang kommentierten die "Außerferner Nachrichten"³ in folgender Weise: *"Man stelle sich vor: Bürgermeister Siegfried Singer wird vom Landeshauptmann ohne Rechtsgrundlage einfach seines Amtes enthoben - weil er unbequem war und massiv Außerferner Interessen in Innsbruck vertreten hat. Oder der Obmann einer Sportsektion steht der Landessektion zufällig nicht zu Gesicht - er will zuviel. "Weg mit ihm" - dies ist Heinz Forcher widerfahren. Ohne eine Wertung seiner Arbeit vorzunehmen oder Parteistellung für ihn zu ergreifen, sollte doch aufgezeigt werden, daß die Art und Weise, wie er seiner Funktion enthoben wurde nichts mit traditionellen, demokratischen Spielregeln zu tun hat, sondern eher einer demokratieverachtenden, diktatorischen Vorgangsweise entspricht..."*

Die "Geschichte" ist auch im Jänner 90 noch nicht zu Ende gekämpft. Die Eltern im Außerfern haben ihren abgesetzten und ausgeschlossenen Obmann in einer Sektionsversammlung neuerlich das Vertrauen ausgesprochen und der Schauplatz der Auseinandersetzung verlagert sich zum Gericht: Die Lebenshilfe Außerfern verlangt nun die gerichtliche Anerkennung als Zweigverein und damit die Abspaltung vom Landesverband ...

An dem hier kurz dokumentierten Konflikt ist einiges bemerkenswert:

- Die Lebenshilfe hat nach dem 2. Weltkrieg als Selbsthilfeorganisation von betroffenen Eltern zu arbeiten begonnen. Es ist typisch für solche Organisationen, daß mit fortschreitendem Erfolg und zunehmender Größe der Organisation, Funktionäre und Experten die Arbeit zu dominieren beginnen. Immer zentralisiertere Verwaltungsabläufe auch bei dezentralisierter Organisation setzen sich durch - die Macht der Geschäftsführer wird begründet. Die eigentlichen Ziele der Organisation, präsentiert durch die Bedürfnisse der Eltern, gehen immer weiter verloren. Die inhaltliche Arbeit wird durch el-

gene Experten bestimmt, im Falle der Lebenshilfe Tirol durch Sonderschuldirektoren. Die Eltern werden abhängig von den angebotenen Dienstleistungen (Sonderinstitutionen) und verlieren ihre Macht als Basis des Vereins. Es gibt keine echten Abstimmungen mehr, die Vereinsversammlungen verkommen zu gut inszenierten Festakten. Die totale Struktur ist geboren.

- Die beschriebene Struktur hat sich bei der Lebenshilfe Tirol insofern noch besonders verstärkt, als sie sich mit der politischen Macht unmittelbar verkoppelt hat. In fast allen Sektionen ist der Bezirkshauptmann oder der Obmann der jeweiligen Lebenshilfe-Sektion (in Innsbruck der Bürgermeister Niescher) und sind weitere politische Proponenten vertreten. Somit ist die Lebenshilfe eine öffentliche Institution mit Sonderstatus. Die Politiker benutzen sie, um im klassischen Sinne die Ehre eines Amtes zu bekommen, sozialpolitische Legitimation steht im Mittelpunkt. Damit erhalten auch Spendenkampagnen ihren eigenen politischen Wert (die Lebenshilfe gehört z.B. zu den hauptsächlichlichen Nutzern von "Licht ins Dunkel"). Das Bild des "leidenden Behinderten" wird benutzt um die Sonderinstitutionen zu legitimieren und um die lokale politische Macht als soziale zu kennzeichnen. Der Nebeneffekt, nämlich die Stigmatisierung der betroffenen behinderten Menschen und deren Eltern führt im Sinne von "selbsterfüllenden Prophezeiungen" wieder zur Notwendigkeit der absondernden Institutionen für behinderte Menschen. Spendenkampagnen haben außerdem für die öffentliche "Hand" den Vorteil, daß sie Geld sparen helfen, und gesellschaftliche Verteilungsfragen nicht diskutiert werden müssen. Das Leid ist bestens individualisiert.

- Als Gegenbewegung in der Behindertenpolitik ist international die Integration, d.h. die Rücknahme der Trennung von behinderten und nichtbehinderten Menschen in allen Lebensbereichen mit entsprechenden Qualitätsforderungen an die Organisation dieser Lebensbereiche, zu einer wichtigen Leitidee geworden - Österreich ist in der Entwicklung dabei ein Entwicklungsland. Oft wird Integration von Funktionären als Worthülse mißbraucht, für Eltern und die Betroffenen selbst bedeutet sie konkret die Reduzierung des Leidens des sozialen Ausschlusses. Die Lebenshilfe Außerfern hat die Organisation des 5. gesamtösterreichischen Symposiums "Schule ohne Aussonderung" im Mai in Reutte unterstützt. Das Symposium war ein großer Erfolg und löste viel Bewegung aus. Dies allein schon gefährdet die von Sonderschuldirektoren,

Funktionären und lokalen Politikern dominierte Lebenshilfe derart, daß der Ausschlußversuch zur Systemlogik gehört.

1 Vgl.: Heinz Forcher und Volker Schönwiese: Zur Geschichte schulischer Integration in Österreich. In: MEISTER-STEINER, Birgit/ Volker Schönwiese/ Nikolaus THALER/ Ilse WIESER (Hrsg.): Blinder Fleck und rosarote Brille. Behinderung und Integration als Herausforderung für Familie, Kindergarten und Schule., S. 91-105; sowie in etwas anderer Form in: *erziehung heute*, Nr. 4/1987, S.30-36.

2 Die Lebenshilfe Außerfern unterstützte z.B. die Eltern eines behinderten Jugendlichen im Prozeß gegen den KURIER, der behauptet hatte, daß der Jugendliche in einem Käfig und "in Ketten" gehalten werde. Der Landesverband setzte den Unterstützungsbeschuß der Lebenshilfe Außerfern außer Kraft und versuchte die Sache intern zu regeln. Die Eltern und die Lebenshilfe Außerfern ließen sich jedoch nicht behindern und gewannen den Prozeß gegen den KURIER.

Vgl. dazu: Volker Schönwiese: 1. Medienpolitik-Kurier zurückgepfiffen, 2. Sozialpolitik-die Notwendigkeit eines Bundespflegegesetzes, in: *erziehung heute*, Nr. 5/1988, Seite 4-5.

3 "Außerferner Nachrichten", 11. Oktober 89, Seite 1, Kommentar von Helmut Mittermayr.

von Alfred Kielmayer

Dies hat mehrere Ursachen. Ich möchte mich hauptsächlich auf vier Punkte konzentrieren, die mir in diesem Zusammenhang wichtig erscheinen.

1. Die kreativen Fähigkeiten der behinderten Menschen werden kaum gefördert. Die Eltern und Angehörigen sind meist überfordert, die Kinder werden dann in Sonderinstitutionen abgeschoben und dort beginnt meiner Meinung nach ein verhängnisvoller Weg. Die Kinder werden aus ihrer

steigende Arbeitslosigkeit ist ein Problem, das beide Gruppen mehr oder minder stark betrifft.

Seit 1981 werden vom Bildungszentrum Aktiv in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen

Blindenverband für blinde Menschen Kurse angeboten. Im Sommersemester 1988 finden unter anderem folgende Kurse statt:

Französisch für Anfänger
Grundlagen der Persönlichkeitsbildung
Musik von Franz Schubert

Warum besuchen nur wenig Behinderte

gewohnten Umgebung brutal herausgerissen und haben dadurch wenig Kontakte zur Außenwelt. Auf diese Weise gehen wertvolle Impulse verloren. Die gesellschaftliche und berufliche Integration wird dadurch wesentlich erschwert, ja sogar manchmal unmöglich gemacht. Behinderte und nicht behinderte Menschen werden somit in zwei Gruppen geteilt, wobei die Kontakte während der Schulzeit und der Berufsausbildung kaum vorhanden sind.

2. Bauliche Barrieren: Derzeit bestehen noch zahlreiche bauliche Barrieren, die einigen Behinderten den Besuch einer Volkshochschule unmöglich machen. Meines Wissens gibt es in Wien nur zwei Volkshochschulen, die auch von Rollstuhlfahrern und schwerst Gehbehinderten besucht werden können. Auch die öffentlichen Verkehrsmittel und die baulichen Barrieren in der näheren Umgebung sind weitere Hemmnisse.

3. Mangelnde Solidarität und fehlendes Problembewußtsein: Bedingt durch mangelnde Kommunikation zwischen Behinderten und sogenannten nicht Behinderten wird Angst und ein gewisses Unbehagen geschaffen. Ein wertvoller Erfahrungsaustausch kommt somit nicht zustande. Durch verstärkte Kommunikation würde bestimmt bewußt werden, daß z. B. Mütter mit Kinderwagen genauso wenig die U-Bahn erreichen können, wenn kein Aufzug vorhanden ist, wie Rollstuhlfahrer. Auch die

unbekanntes Judentum
Chemie im Haushalt
und Vorträge über Südamerika und Äthiopien.

Aus diesen Ausführungen ergeben sich folgende Forderungen:

1. Beseitigung aller baulichen Barrieren
2. Förderung der Kommunikation zwischen Behinderten und Nichtbehinderten. Dadurch Schaffung eines gewissen Problembewußtseins, das zu gemeinsamen politischen Aktionen führen soll.
3. Verstärktes Angebot von politischen und wirtschaftlichen Themen.
4. Diskussionsabende mit Betriebsräten und Sozialarbeitern.

Meiner Meinung nach sollten die Volkshochschulen wieder zu ihren ursprünglichen Aufgaben der Volksbildung und der Aufklärung zurückkehren, Werte wie Solidarität verstärkt gelernt und praktiziert werden. Dies wäre ein Vorteil für uns alle.

Kurse der Volkshochschule?

WIR BEHINDERTE

Freundschaftlicher Brief

von Erwin Riess an Othmar Karas

Wien, 10.10.'89

Lieber Othmar!

Obwohl Ich noch nie mit Dir gesprochen habe, erlaube mir, Dich zu duzen. Dies nicht deswegen, weil wir derselben Altersgruppe angehören, sondern weil wir beide behindert sind. Ich sitze nach einem Rückenmarktumor im Rollstuhl, Du sitzt nach einem Autounfall im Parlament. Und Behinderte sind untereinander nicht "per Sie". Also: Servus, Othmar! Da Du als vielbeschäftigter Politiker sicherlich keine Zeit hast, Dich um die Lage behinderter Menschen zu kümmern, dies erledigen bei Euch im Parlament ja nichtbehinderte

"Behindertensprecher", möchte ich Dir - stichwortartig - erzählen, wie wir sind und was uns bewegt. Du hast ein Recht darauf, zu wissen, welcher Randgruppe Du angehörst.

Öffentliche Verkehrsmittel sind für die meisten von uns nach wie vor nicht benutzbar. Gehbehinderte haben in der U-Bahn, den Autobussen, den Straßenbahnen und Zügen nichts verloren. Ähnlich verhält es sich mit den meisten Theatern und Kinos. Dafür gibt es aber für die privilegierten Behinderten, die Arbeit und ein Auto haben, manchmal einen freien Behindertenparkplatz. Erst neulich habe ich einen benützt. Es war hinter dem Parlament, und nachdem ich aus dem Auto gestiegen war, machte mich ein seriöser Herr, vielleicht ein Kollege von Dir, darauf aufmerksam, daß Ich auf dem Parkplatz des Nationalrats SrB stehe. Da Ich aber für Manfred etwas abzugeben hatte, blieb ich stehen. Soll doch der SrB schauen, wie er einen Parkplatz findet. Er ist selber schuld, wenn er sich von Behinderten besuchen läßt. Da kann es schon vorkommen, daß der einzige Behindertenparkplatz bei dem von hunderten Autos verparkten Parlament besetzt ist. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Leistung muß sich wieder lohnen! Und das Auffinden eines freien Behindertenparkplatzes ist doch eine Leistung! Wir Behinderte, lieber Othmar, sind überhaupt sehr

leistungsbewußt. Leider können das aber nur wenige unter Beweis stellen. Immerhin 21.000 von uns sind als arbeitslos gemeldet, und weder die öffentliche Hand, geschweige denn die Privatindustrie erfüllen Ihre Einstellungsverpflichtung gegenüber behinderten Arbeitnehmern. Sie zahlen lieber für 20.000 nicht besetzte Stellen "Ausgleichstaxe" in der erstaunlichen Höhe von rund 1.600 Schilling! Die Chefärzte der Krankenkassen beschränken in der letzten Zeit die Bewilligung von Hilfsmitteln. Eine Turnmatte für einen Querschnittgelähmten ist "therapeutisch nicht zweckmäßig", ebenso ein umgebautes Fahrrad für einen Spastiker. Die sollen sich ihre Luxusgeräte gefälligst selbst zahlen, das Budget, so haben Deine Kollegen im Parlament befunden, muß saniert werden, da Ist halt für manche nicht mehr drin. Du warst wahrscheinlich gerade im Krankenhaus, als das beschlossen wurde, Dich trifft also keine Schuld, Du kannst beruhigt sein. Das wäre ja noch schöner, wenn sich die Behinderten gegenseitig das Leben schwer machten! Für die Wohnbeihilfe wird neuerdings auch das Pflegegeld als Einkommen gewertet. Nicht wenige von uns haben gestaunt, wieviel sie eigentlich verdienen. Du hast ja am eigenen Leib erlebt, wie rasch man in die "Invaliditätsrente" gedrängt wird. Wie Dir geht es vielen von uns, sie werden mit sanfter Gewalt zur "Invalidenrente" überredet, das entlastet die Wirtschaft und senkt die Arbeitslosenrate. Andere Behinderte gehen ohne Umweg über einen Beruf gleich von der Schule aus in den Ruhestand. Weil sie noch nichts geleistet haben, ist natürlich die Pension gering, im durchschnitt nur 5.000 Schilling. Oft reicht sie nicht aus, um eine Behindertenwohnung zu finanzieren. Das ist wiederum aber auch nicht ganz so schlimm, denn es gibt ohnehin viel zu wenig Behindertenwohnungen. Viele von uns wohnen ja bedeutend billiger im feuchten Substandard. Du siehst also, lieber Othmar, es ist nicht die feinste Gesellschaft, in die Du da geraten bist. Erfolgreiche, dynamische Aufsteiger wirst Du unter uns schwer finden. Deshalb bin Ich ja so froh, daß Du

jetzt zu uns gehörst. Du wirst es mir nicht als Zu-
dringlichkeit anrechnen, wenn ich dir sage, daß ich
ein bißchen stolz auf Dich bin. Ein 32jähriger Inval-
denrentner, der neben seiner Pension noch 77.000
Schilling als Politiker und ein In der Höhe nicht be-
kanntes Salär als Assistent des Generaldirektors
der Bundesländer-versicherung bezieht, das ist
doch was! Von der exzeptionellen Heirat will ich
gar nicht sprechen, ich gönne sie Dir.

Lieber Othmar! Du bist unser, aller Behinderten,
Aushängeschild. Auch wenn manche Dir Dein Glück
neiden, so wissen doch wir beide, wie schwer es in
dieser Gesellschaft ist, als Behinderter erfolgreich
zu sein, und wie hart wir dafür arbeiten müssen.
Ich könnte Dir noch viel über uns erzählen, über die
"Segnungen" der Steuerreform für Behinderte, über
die Lahmarschigkeit der Behindertenverbände,
über den "Licht ins Dunkel-ORF", über die unge-

rechte Differenzierung zwischen Zivil- und Kriegs-
invaliden; aber ich weiß, Du hast wenig Zeit, Eure
Termine sind dicht gedrängt.
Ich verbleibe also mit lieben Grüßen, meinetwegen
auch an Deine Frau und an Deine Schwiegereltern,
und besten Wünschen für Dein persönliches und be-
rufliches Wohlergehen!

Erwin Rless

P.S.: Hast Du auch von Deinen
Steuerabschreibemöglichkeiten als Behinderter Ge-
brauch gemacht? Bei Deinem Einkommen zahlt
sich das aus!

Dr. Erwin Rless, Vertragsbediensteter im
Wirtschaftsministerium, Aktivist der "Autonomen
Krüppelbewegung"

M E N S C H _{ien}



 E N S C H

=

E N S C H

=

 S C H

=

S C H

=

 H

=

H

=

 E N S C H

=



LÖSERliche Lese- und Filmtips

zusammengestellt von Kurt Schneider

* BROSCHÜRE DER ASSISTENZGENOSSENSCHAFT BREMEN:

Sie zeigt auf, wie die Bremer Gruppe selbstbestimmtes Leben von behinderten und alten Menschen in der Praxis umsetzt.

Bezugsquelle: SELBSTBESTIMMTES LEBEN, Ostertorsteinweg 98, D-2800 Bremen 1

* BLINDER FLECK UND ROSAROTE BRILLE (Hrsg. von Meister/Schönwiese/Thaler/Wieser)

Ein Buch mit Elternberichten aus Österreich. Ein Buch über den aktuellen Stand der Integration. Erschienen im Österreichischen Kulturverlag (Thaur) 1989

*AG SPAK - Bücher sind immer lesenswert
Über den Buchhandel oder direkt bei der AG SPAK, Adlzreithstraße 23, D-8000 München 2, zu beziehen.
Zum Beispiel:

ABSCHIED VOM HEIM

Mayer/Rütter

Erfahrungsberichte aus Ambulanten Diensten und Zentren für Selbstbestimmtes Leben. ISBN 3-923 126-53-0, DM 22,-

DAS RISIKO NICHTBEHINDERTE ELTERN ZU BEKOMMEN

Udo Slerck

Kritik aus der Sicht eines Behinderten. ISBN 3-923 126-63-8, DM 25,-

GESCHLECHT: BEHINDERT, BESONDERES MERKMAL: FRAU

Erwinkel/Hermes/u.a.

Ein Buch von behinderten Frauen. ISBN 3-923 126-33-6, DM 15,-

EINGRIFFE

Swantje Köbsell

Zwangssterilisation geistig behinderter Frauen, ISBN 3-923 126-46-8, DM 20,-

* "AUFSTAND DER BETREUTEN"

Ist der Titel eines Filmes, der von Hans Peter Meier und Adolf Ratzka gestaltet wurde.

Er schildert die Philosophie und Praxis der Independent-Living-Bewegung für gleiche Bürgerrechte und eigenverantwortliches Leben Behinderter.

Der Film ist auf Video-Kassette (VHS) zum persönlichen Gebrauch um DM 95,- zu haben.

Organisationen, Einrichtungen der Bildungs- oder Behindertenarbeit zahlen DM 150,- netto, die Mehrwertsteuer kommt dazu. Er darf nicht für gewerbliche Zwecke verwendet werden. Auch als 16-mm-Farbkopie kann der Film angefordert werden.
Bezugsquelle: Hans Peter Meier, Filmproduktion, Blütenburgstr. 58, D-8000 München 19

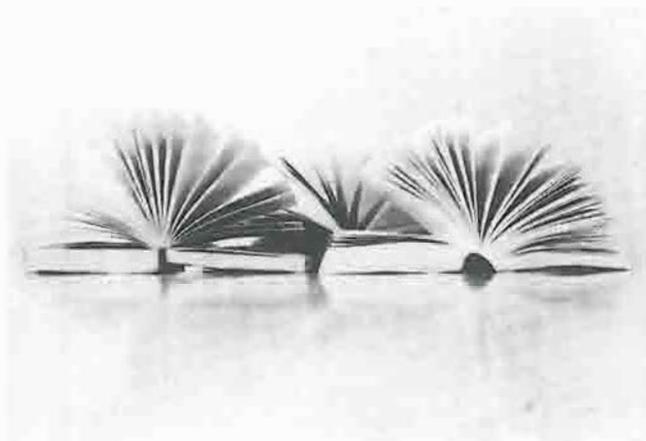


Foto: Klaudia Karoliny



ESUDELN 7°